

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 84/7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatl. 53 Pf. Postanweisung Nr. 4089 a 8. Nachtrag

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, unwürdige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 63.

Freitag, den 15. März 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Wie steht es mit der Umsturzvorlage?

Diese Frage beschäftigt die weitesten Volkskreise auf das Lebhafteste. Die bürgerlichen Kreise allerdings in anderer Weise als die sozialdemokratischen. Die Sozialdemokratie steht heute wie am Tage, als zuerst das Angstprodukt „Umsturzvorlage“ das Licht der Welt erblickte, den Dingen mit nicht zu erschütternder Ruhe und Entschlossenheit gegenüber; ihr Interesse an der Entwicklung der Umsturzgesetzgebung entbehrt jeder innerlichen Beunruhigung. Umfangreiche bürgerliche Kreise dagegen, die man schützen wollte mit den neuen Paragraphen, sind — soweit diese zähe Masse einer Beunruhigung überhaupt zugänglich ist — in arge Bedrängniß gerathen.

Tragikomisch, wie das Fabrizieren einer solchen Vorlage überhaupt, ist auch der Gang, den die Verathung derselben in der 6. Reichstagskommission genommen hat. Eine heillosere Verwirrung, als sich in dieser Kommission abgespielt hat, ist unausdenkbar. Man ist nun glücklich zu dem Fazit gebrungen, daß man nicht recht weiß, ob die Vorlage zu Fall kommen dürfte, weil sie zu reaktionär oder weil sie — noch nicht reaktionär genug ist.

Das Zentrum hat da der Regierung und ihren konservativ-nationalliberalen Staatsstüben eine sonderliche Suppe fertigt gemacht. Wären diese Jesuitenjünglinge nicht so gar ernste und heiteren Späßen wenig geeignete Männer, so könnte man wirklich glauben, sie hätten sich mit den Nieberding und den Emmercus einen derben Uff machen wollen. Nach der Haltung des Zentrums vor und während der ersten Lesung im Reichstagsplenum war zu erwarten, daß am Widerstand dieser 99 Mandate besitzende Partei die Vorlage scheitern dürfte. Dann kam bei § 111a der große Unfall derselben und weiter ließ nun das Zentrum unvermutheter Weise Gesetzesvorschläge los, ob denen die Regierungsvertreter erblaßten und die Nationalliberalen vor den Stühlen fielen.

Die Regierung hatte zuerst bekümmert erklärt, ihre Vorlage richte sich nicht gegen eine bestimmte Partei. Diese Klause hätte sie sich schenken können, denn Niemand glaubte ihr das. Ebenso unglücklich war ihr Vorführen des blutroth drapirten anarchistischen Mordgespensts. Das „Material“ der Geheimräthe erwies sich als absolut nichtsagend. Die Sozialdemokratie zeigte, daß es sich lediglich um ein Ausnahmefesetz gegen sie handle, daß man sich nur genire, dies offen zuzugehen und deshalb die Benützung mit gemeinrechtlichen Paragraphen versuche. Die Regierung hat denn auch in der Kommission mehr oder weniger verblümt zugegeben, daß dem also sei. Aber das Zentrum will eben kein Ausnahmefesetz, wenigstens sagt es so. Nein, sagt es, wenn ihr „das Böse und Gottlose und Umstürzlerische“ bekämpfen wollt, dann nur zu, aber gründlich. „Gründlich“ aber ist die Bekämpfung nur, wenn sie gegen Diejenigen vorgeht, welche den Arbeitern erst das Eisen gegeben haben, aus dem dieselben sich die Schwerter schmiedeten zu ihrer Auflehnung gegen Gott und andere Autoritäten. Also die wahren „Umstürzler“ waren nun nicht mehr die Anarchisten, auch nicht die Sozialdemokratie, sondern die Professoren, die politischen Wiederwärtler der Wissenschaft auf den Universitätskathedern.

Und hat das Zentrum denn so sehr Unrecht? Vom Standpunkte der „Umsturzvorlage“ hat es mehr wie Recht. Es hat einfach das, was die Regierung halb und unlogisch wünschte, zu einem fertigen Ganzen abgerundet, logisch fortentwickelt. Entweder Licht — oder Finsterniß!

Die Regierung will Dämmerung, in der die Arbeiter, die in ihrer volksthümlichen Weise sprechen, geknebelt werden sollen, während die Gelehrten fein vorfichtig weiter reden dürfen. Das Zentrum aber will die ganze rabenschwarze Nacht. Die Regierung ist aber zu „aufgeklärt“, der „Liberalismus“ steckt ihr selbst im Leibe. Wer Gott leugnet, wer die Unsterblichkeit der Seele bezweifelt, soll auf Jahre hinaus in's Gefängniß, das ist die einfachste und radikalste Lösung aller großen Geistesprobleme, das ist regelrechtes Mittelalter, die ganze moderne Entwicklung aller Dinge wird durchstrichen.

Aber der heutige Staat ist ein Produkt dieser

modernen Entwicklung. Wenn ihm auch mittelalterliche Lappen noch an allen Gliedern herumslottern, er ist der Staat, der sich der Oberherrschaft des Papstes entzogen hat, er ist der Staat, in dem der Kapitalismus die erste Geige spielt, der Kapitalismus, welcher wiederum in der Naturwissenschaft und Technik, der freien Forschung im weitesten Sinne seine Stütze, ja seine Vorbedingung hat.

So ist dieser Kapitalismus und sein Vertreter, der Staat, in einer bössartigen Klemme angelangt. Vorwärts mögen sie nicht, denn da geht es unaufhaltsam zum Sozialismus. Diesen wollen sie vielmehr vermeiden, seine Bahnbrecher wollen sie knuten und knebeln. Aber — und das ist die Ironie in der Geschichte des Liberalismus — da sie die Krante auf den Leib der Vorwärtsstürmenden niederprasseln lassen wollen, da wird ihnen plötzlich bemerkbar gemacht, daß hinter ihnen noch Andere marschiren, die ihnen selbst die Krante zu kosten geben wollen!

Unseren Lesern sind die Kommissionsberathungen über die Umsturzvorlage ausführlich mitgetheilt worden, wir brauchen daher auf Einzelheiten nicht nochmals einzugehen. Die Kommission arbeitete in der letzten Woche mit größerer Eile, aber mit der Eile wächst auch die Unlust der Verathenden und der Kreise, die vor wenigen Wochen noch vertrauensvoll auf die Kommission als Hort gegen den „Umsturz“ geblickt hatten. Jetzt verlangen national-liberale Blätter, welche vor Kurzem die ärgsten Aufpreisler gewesen, die Regierung solle die Vorlage zurückziehen. In Abgeordnetenkreisen verlautet auch wirklich das Gerücht, daß die Regierung sich mit dem Gedanken vertraut zu machen beginne, es werde aus ihrer Vorlage nichts werden.

Wir jedoch glauben vorerst noch lange nicht allerlei Gerüchte. Wenn die Haltung des Zentrums auch eine arge und uns sehr angenehme Verwirrung unter den Ordnungskleuten erzeugt hat, so darf man hierüber die Hauptsache nicht vergessen, nämlich daß eine große Majorität im Reichstage vorhanden ist, welche bereit ist, die letzten Reste der freien Meinungsäußerung in Deutschland zu zerstören. Nur über die Form und über das Maas kann man sich noch nicht einigen. Wo aber der „gute Wille“ vorhanden ist, da wird sich auch ein richtiger Weg finden. — Die Reaktion ist sehr zähe.

Darum muß das deutsche Volk noch viel zäher sein. Es darf in diesem großen Geisteskampfe zwischen Mittelalter und Neuzeit, zwischen Finsterniß und Licht, zwischen geistiger Verflavung und Kulturfortschritt nicht rasten und ruhen. Die Sozialdemokratie trägt in diesem glorreichen Kampfe die Fahne voran und Niemand wird sie unserer Faust entreißen. Die Weltgeschichte geht doch vorwärts.

Pfarrer Naumann über die Beurtheilung der Sozialdemokratie.

Auf der freien evangelisch-sozialen Konferenz, welcher dieser Tage in Limburg stattfand, hielt Pfarrer Naumann aus Frankfurt a. M., der Vielgeschmähte, einen 2 1/2stündigen Vortrag über die Beurtheilung der Sozialdemokratie. Der Gedankengang seiner Rede war etwa folgender:

Die Beurtheilung der Sozialdemokratie ist allen anderen Parteien gemeinsam, die Form verschieden. Es bilden sich wirtschaftliche Interessengruppen. (Redner bezeichnet dieselben des Näheren.) Jede dieser Gruppen hat einen Berührungspunkt mit der Sozialdemokratie und eine Feindseligkeit gegen sie. Darum, weil die Berührungspunkte sowohl als die Feindseligkeit bei den verschiedenen Gruppen verschieden sind, ist Zusammenschluß und gemeinsames Vorgehen gegen die Sozialdemokratie nicht möglich. Zerstreut finden sich alle Interessen der Sozialdemokratie auch in der bürgerlichen Welt. Vom nationalen Gesichtspunkte aus wird ferner die Sozialdemokratie verurtheilt, weil sie das Nationale vernachlässigt, aber — sie organisiert Deutschland. Der Christ muß ihr vorwerfen, daß sie Christus leugne, aber sie hat zusammengefaßt, daß der Mensch aus Leib und Seele besteht. Vom Standpunkte der Bildung muß man tadeln, daß sie im Einzelnen verkehrte Gedanken verbreitet, aber sie allein schuf eine Litteratur

für das Volk. Sie ist ferner in der Theorie über die Berufsorganisation hinaus — in der Praxis hat sie diese gegründet. Sie leugnet das Privateigenthum, aber ihre Kritik, daß es heute dem eigentlichen Eigenthum aus den Händen gespielt wird, ist richtig. Die Sozialdemokratie ist ein lebendiger Körper, das Problem der Zeit. Sie ist nicht dogmatisch. Sie ist örtlich und persönlich verschieden geartet. Man urtheilt falsch über sie, indem man generalisirt, wie dies z. B. Minister v. Köller im Reichstag that. Einzelne Aeußerungen, oft von jungen Bürgchen gethan, will man als Maßstab anlegen? Der Vorwurf, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger verrotte, ist zurückzuweisen. Wir und die Sozialdemokratie sollten die Mittheilung ins Urtheil legen. Kenntniß der Sozialdemokratie aus bürgerlichen Blättern schöpfen zu wollen, geht nicht an; Kenntniß ihrer Litteratur ist unumgänglich, genügt aber noch nicht; man muß auch Volksversammlungen besuchen. (Dabei verlegen alle Gegner der Sozialdemokratie ihr Genie darauf, Versammlungen zu verhindern. Red.) Es ist beruhigend, daß sittlich Zuverlässige dort drüben sind. Der historisch — besonders an Ranke — Gebildete werde wieder frei von ihr; ihn stößt die Unsachlichkeit der Sozialdemokratie ab. Jeder Spezialist wird sich unbefriedigt in ihr finden (? Spezialisten sind überhaupt selten Parteimänner, darum sind alle Parteien arm an ihnen. Red.), er wird dichterische, philosophische Oberflächlichkeit in ihr erkennen. (Widerpricht dies nicht dem früher Gesagten? Red.) Dennoch ruht die Stärke der Sozialdemokratie in dem Studium der tatsächlichen Arbeiterverhältnisse. Ob man es auch leugne, es giebt eine Noth, einen Nothstand. Die Sozialdemokratie ist eine nothwendige Erscheinung unserer Zeit. Das Denken des Volkes hat lange Wellen, wie das Meer; eine solche Welle ist die Sozialdemokratie. Einst einten sich bei uns: republikanisches Ideal, manchesterliche Wirthschaftslehre und humanisches Bildungsideal — die drei sind heute in Konflikt gekommen. Die Sozialdemokratie sei kein System. Sie lasse sich zerlegen in folgende Bestandtheile: 1. der demokratische Gedanke, 2. materialistische Geschichtsauffassung, Fortschritt der Technik und Darwinismus, 3. Glückseligkeitstheorie, Untergang der alten Welt: es wird ein Neues. Das Rousseausche Paradies auf Erden, 4. Studium der Arbeiterverhältnisse, Statistik, 5. Internationalität ist ein Traum, aber manche Reform kann nur international durchgeführt werden. (Viele sind bereits so durchgeführt worden, folglich ist die Internationalität kein Traum. Red.)

Es existirt nichts ohne zureichenden Grund; auch die Sozialdemokratie nicht. Sie wird sich einmal wieder in ihre Einzelbestandtheile auflösen, deshalb aber nicht auseinanderfallen. Das Utopische an ihr wird sich verflüchtigen. Der Republikanismus wird dauern, weil man ja über ihn sich nicht aussprechen darf; unterdrückte Gedanken sind gefährlich. Der internationale Gedanke könnte überwunden werden, die Agrarfrage nöthigt die Sozialdemokratie, national zu denken. (Im Gegentheil: die Agrarfrage nöthigt umgekehrt sogar die Agrarier, international zu denken! Red.) So wird sich die Sozialdemokratie entwickeln, wenn man ihre Entwicklung nicht durch Umsturzvorlagen staut. Naumann wünscht der Sozialdemokratie sozialreformatorische Erfolge. Erfolge sind beruhigend; sie wird dann weniger stürmisch sein und diese Welt noch nicht gar so schlecht finden. Man werfe der Sozialdemokratie Wohlthaten als Sand in die Maschine. Koalitionsfreiheit aber giebt man nicht, weil die Sozialdemokratie dieselbe fordert. Man will nicht verstehen, und das ist gefährlich! Was sollen wir thun? Unparteiisch urtheilen zunächst. Der Staat soll die Gedankenentwicklung nicht stören, soll so viel nur möglich an Sozialreform geben; das Kaiserwort von 1890 muß wahr gemacht werden mit jener Energie, die man auch Militärforderungen gegenüber anwendet. Branchen-Organisationen soll man staatlich fördern; an Einzelfragen sich öffentlich betheiligen. Das Christenthum soll die Sozialdemokratie geduldig beurtheilen; Geistliche müssen und sollen auf die Tribüne. Die Sozialdemokratie streckt die Hand aus nach Belehrung und Bildung. „O deutsche Bildung, wo bist du geblieben gegenüber der deutschen Arbeiterschaft!“ Die Sozialdemokratie wird politisch wachsen. Man spreche von Naumanns jugendlichem Enthusiasmus gegenüber der Sozialdemokratie. Möge man! Schlimm wärs, wenn es keine Jugend und

keinen Enthusiasmus mehr gäbe und wir es mit der Greifenhaftigkeit allein zu thun hätten. Möge man sich gegenseitig verstehen und zusammenwirken!"

Die Stumm, Müller und Konforten können also noch ruhig schlafen gehen, ein „sozialdemokratischer Apostel“ ist Rautmann noch lange nicht.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“)

Berlin, 18. März 1895.

59. Sitzung.

Präsident v. Plevow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Zur Verathung steht folgender von den Abgg. Freiherrn Heyl zu Herrnsheim, Graf Oriola und Dr. Friedberg (N.) mit Unterstützung eines Theils der nationalliberalen Fraktion eingebrachter Antrag:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, den Handelsvertrag zwischen der Argentinischen Republik vom 19. September 1857 auf Grund des Artikels 14 dieses Vertrages zu kündigen.“

Freiherr Heyl zu Herrnsheim (N.): Der frühere Reichskanzler erwartete von der Handelsvertragspolitik einen Nutzen für Industrie und Landwirtschaft. Diese Erwartung hat sich aber nicht für die Industrie, noch weniger aber für die Landwirtschaft erfüllt. Der letzteren Produkte sind im Preise seit dem Abschluß der Verträge noch erheblich gesunken, dagegen haben die Länder, mit denen wir noch Meißbegünstigungsverträge haben, Vorteile von den Verträgen, ohne uns eine Gegenleistung zu bieten. Dies gilt vor Allem von Argentinien. Unsere Ausfuhr nach dort ist beständig gesunken, die Einfuhr von Argentinien zu uns dagegen andauernd gestiegen. Diese Verschlechterung unserer Handelsbilanz fällt vor Allem auf die Schuttern der deutschen Landwirtschaft, die so wie so unter einer schweren Krise zu leiden hat. Ich habe daher in Gemeinschaft mit einigen Freunden den vorliegenden Antrag gestellt. Einige sehen in der Kündigung eine Repressivmaßregel gegen die unerhörten Zollrückstellungen Argentinien. Andere wollen mit mir vor Allem den überseeischen Weizen mit Ausnahme des nordamerikanischen von Deutschland fern halten. Ein solches Vorgehen ist keineswegs ohne Beispiel. Ich erinnere daran, daß Frankreich einen hohen Differenzialzoll auf argentinische Wolle gelegt hat. England hat selbst seinen eigenen Kolonien gegenüber Schutzzölle eingeführt. Das könnte uns vielleicht zu einem entsprechenden Vorgehen ermuntern, indem wir auch den indischen Weizen von unseren Grenzen fernhalten und dadurch vielleicht den Inlandspreis heben. Wird der Handelsvertrag mit Argentinien jetzt gekündigt, so erlangen wir diesem Lande gegenüber von 1896 an Vertragsfreiheit; dann bleibt der argentinische Weizen ausgeschlossen. Andererseits kann der Import argentinischen Weizens zu einer großen Kalamität für uns werden, da nur etwa 3 pCt. des voranschreitend kulturfähigen Bodens bis jetzt bebaut sind. Und Argentinien hat bekanntlich den besten Boden für Weizen in der ganzen Welt, besser als Nordamerika. Deshalb steigt sich auch die Einwanderung nach Argentinien beständig. Es werden Straßen und Eisenbahnen gebaut. Die argentinischen Landwirthe haben sehr geringe Produktionskosten; sie werden außerdem durch die in ihrem Lande herrschende Währung begünstigt. Gegen eine maßlose Ueberschwemmung mit Getreide müssen wir uns schützen. Auch die deutsche Industrie hat ein Interesse daran, denn sie kann nur bestehen, wenn die ländlichen Arbeiter noch ihr Brod finden. Ich habe mich auf den vorliegenden Antrag beschränkt, da ein Theil meiner Freunde weitergehende Anträge nicht unterstützen würde. Vor allem wäre mir eine Erklärung von Seiten der verbündeten Regierungen erwünscht, die aber leider nicht vertreten sind. Ich bitte Sie gleichwohl, meinen Antrag anzunehmen.

Freie (Fp.): Auch ich wünsche vor Allem eine Erklärung der verbündeten Regierungen, damit ein Mal klipp und klar gesagt werde, wie sie sich zu dem Antrage verhalten. Der Vorredner beschwert sich über die von Argentinien eingeführten Zollrückstellungen, er vergißt aber, daß Argentinien dazu durch seine Finanzlage gezwungen ist. Gleichwohl hat die deutsche Industrie ein erhebliches Interesse daran, daß ein friedliches Handelsverhältnis mit Argentinien aufrechterhalten wird. Der vorliegende Antrag kann aber leicht zu einem Zollkrieg führen, der für einen erheblichen Theil unserer Industrie von den verhängnisvollsten Folgen sein dürfte. Ich nenne nur den deutschen Schiffbau und die deutsche Kohlenindustrie. Der deutschen Landwirtschaft würde er nichts nützen, denn er würde nur zu einer Verschiebung des Imports, nicht aber zugleich zu einer Preissteigerung führen. Der Import von argentinischem Weizen ist außerdem eine Lebensfrage für die deutsche Schifffahrt, die den regelmäßigen Verkehr nach Argentinien nicht unterhalten könnte, wenn sie nicht Gelegenheit hätte, den argentinischen Weizen als Rückfracht aufzunehmen. Die Folge würde sein, daß der Dampferverkehr von deutschen Häfen nach Argentinien und auch nach Brasilien beschränkt oder eingestellt würde. Aber es würde auch sehr schwer sein, nach der Kündigung des Vertrages einen neuen zu schließen, der einigermassen günstig für uns wäre. Die Nationen, die mit uns in Wettbewerb stehen, würden dem entschieden entgegenarbeiten. Wir würden also zweifellos durch die Annahme des Antrages zu einem Zollkrieg kommen. Vor solchem nationalen Unglück möge Deutschland bewahrt bleiben.

Graf Arnim (N.): Ich begrüße den Antrag Heyl, weil er geeignet ist, der schwierigen Lage der Landwirtschaft energischer abzuwehren, als die bisher in Anwendung gebrachten kleinen Mittel, die zu einem wirklichen Erfolg nicht führen können. Daß die Rheiderlei unter der Annahme des Antrages leiden würde, glaube ich gern, aber es handelt sich hier eben nicht um eine Maßnahme zu Gunsten der Rheiderlei, sondern zu Gunsten der Landwirtschaft, um diese vor der Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit argentinischem Weizen zu schützen. Diese Ueberschwemmung wird aber immer größer werden, da der argentinische Landwirth außerordentlich niedrige Produktionskosten bei einem äußerst günstigen Klima hat. Auch bezüglich des Imports wird Argentinien noch erheblich begünstigt durch die niedrigen Transportgebühren. Für unsere Industrie ist aber der argentinische Handelsvertrag geradezu ein Gift geworden, denn er hat das Gegentheil von Stabilität geschaffen; Argentinien hat seine Rolle in einer unerhörten Weise erhöht. In dem Antrag Heyl ernehme ich vor Allem das Prinzip, daß die Meißbegünstigungsverträge einer Revision unterzogen werden müssen. Zu einem Zollkrieg braucht der Antrag nicht zu führen, auch Argentinien hat ja ein Interesse daran, sich den Markt bei uns, namentlich für seine Wolle, zu sichern. Es würde also sicher seine Hand zu einem neuen Vertrage bieten, durch den auch der Industrie Stabilität gesichert wird. Der Landwirtschaft würde durch die Kündigung des geltenden Vertrages ein großer Dienst erwiesen werden. Ich hoffe sogar, andere europäische Länder werden sich unserem Vorgehen anschließen und wir werden dahin gelangen, daß sich eine europäische Zollunion gegen die überseeischen Länder bildet.

Müller-Färber (N.): Die Kündigung des argentinischen Handelsvertrages würde der Landwirtschaft durchaus keinen Nutzen bringen, denn sie würde unbedingt dazu führen, daß sich nach Abschluß des einen Einfuhrkanals andere, neue erschließen. Andererseits würde der Industrie durch die Kündigung ein schwerer Schlag versetzt werden, denn sie hat heute eine Ausfuhr von 80 Millionen Mark. Von einer Erschwerung unseres Imports aus Argentinien kann keine Rede sein, denn dieses hat keine Schutzzölle

sondern nur Finanzzölle, die unserer Einfuhr nicht hinderlich sind. Die Kündigung würde unbedingt zu einem Zollkrieg führen, und einen größeren Dienst könnten wir unseren Konkurrenten, vor allem Italien und Frankreich, nicht thun, denn diese warten nur auf eine Gelegenheit, um uns vom argentinischen Markt zu verdrängen. Wenn hier und da Klage geführt wird über die zollfreie Einfuhr argentinischer Wolle nach Deutschland, und wenn Petenten einen Zoll auf solche Wolle verlangen, dann vergessen sie ganz und gar, daß dadurch die Kammingarn- und Streichgarnweberei einfach ruiniert würde, ohne daß man der Landwirtschaft damit einen Dienst erwiese.

Graf Schwerin-Ludwig (N.): Ich habe Namens meiner Partei die Erklärung abgegeben, daß wir für den Antrag stimmen werden, obwohl wir nicht verkennen, daß die Kündigung zur Besserung der Nothlage der Landwirtschaft nur wenig beitragen wird, und daß derselben außerdem große Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir stimmen aber dem Antrage zu, einmal aus prinzipiellen Gründen, dann aber, weil wir es für ungerechtfertigt halten, daß unsererseits Argentinien die Weizenimportation zum ermäßigten Zoll zugestanden wird, während jenes Land beständig seine Industriezölle erhöht hat. Wir sind nicht bavor sicher, daß weitere Erhöhungen erfolgen, die uns die Ausfuhr nach Argentinien nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch unserer Exportindustrie zu nützen, wiewohl der Vortheil für letztere nicht groß sein wird. Wir bitten Sie, meine Herren, mit uns für den Antrag Heyl zu stimmen.

Szmulca (N.) erklärt sich für seine Person mit dem Antrag Heyl einverstanden, denn ihm scheint eine große Gefahr für unsere Industrie darin zu liegen, daß Argentinien sich jetzt auch industriell zu entwickeln beginnt. Machte es erst Fortschritte, so werde es sich dem Import aus Deutschland ebenso entziehen, wie es Ausland gethan; dagegen werde es uns nach wie vor seinen Weizen zum ermäßigten Zoll und zwar in immer größeren Mengen liefern. Die Kündigung würde unbedingt zur Folge haben, daß die Weizenimportation abnimmt. Auch der Schutz unserer Eisenbahnverbindungen spreche für ihn mit, denn nach der Kündigung werde es leichter möglich sein, die Einfuhr von Quebrachholz zu beschränken. Um den Regierungen, die heute nicht vertreten seien, Gelegenheit zu geben, sich über die Frage zu äußern, beantrage er die Verweisung des Antrages an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Herbert (Sd.) kam in dem Antrage Heyl nur einen neuen agrarischen Vorstoß sehen, um den Getreidepreis künstlich in die Höhe zu schrauben. Für die Landwirtschaft werde aber die Kündigung des Vertrages keinen Nutzen haben, da sich der Weltmarktpreis für Weizen darum kaum heben dürfte, wogegen die Industrie die Kosten tragen müßte; sie würde unbedingt schwer geschädigt und viele Arbeiter, die heute für den Export nach Argentinien arbeiten, würden brodlos werden. Man schätze die Zahl dieser Arbeiter auf etwa 100000. Hier in diesem Antrage liege auch eine Umsturzbestrebung. Seine Freunde würden denselben ablehnen.

Veck (Fp.): Der Antrag enthält eine geradezu unerhörte Zumuthung an die Mehrheit des deutschen Volkes, die man beeinträchtigen will, um eine einzelne Klasse zu bevorzugen. Er ist um so unerhörter, als noch kürzlich eine Anzahl Kreuze ansdrücklich zu dem Zwecke bewilligt worden sind, den deutschen Handel zu schützen. Hier will man diesem Handel ein wichtiges Abgabegeld abschneiden. Eine große Anzahl von Handelskammern, der deutsche Handelsrat, der Zentralverband deutscher Industrieller haben sich dem auch entschieden gegen den Antrag ausgesprochen. Die schweren Schädigungen, die der deutschen Industrie von der Kündigung drohen, sind auch in der Debatte genügend beleuchtet worden. Geht doch aus der Handelsstatistik zur Genüge hervor, daß unser Export an Industrieprodukten nach Argentinien seit 1891 ganz erheblich gestiegen ist, daß er den Werth von ca. 80 Millionen erreicht hat. Die eigene Firma des Antragstellers, Baron Heyl, hat sich übrigens nach einer mir zugegangenen Zeitungsnote für die Fortdauer des Handelsvertrages mit Argentinien ausgesprochen. Um so mehr Veranlassung haben wir auch, den Antrag Heyl abzulehnen.

Dr. Pahn (Wibkonf.) weist darauf hin, daß auch Argentinien bereits begimme, sich auf industriellen Gebiete selbstständig zu machen. Es werde also eine Zeit kommen, in der der deutschen Industrie der Boden dort entzogen werden wird. Bis jetzt habe man sich vornehmlich der Landwirtschaft zugewendet, daher auch die Massentransporte von argentinischem Weizen nach Deutschland. Dagegen solle der Staat eine Abwehrmaßregel ergreifen; das ist der eigentliche Sinn des Antrages. Die landwirtschaftlichen Arbeiter verdienen dieselbe Fürsorge, wie die industriellen, eigentlich sogar eine größere, denn sie seien zahlreicher als die letzteren. Wenn sie nicht so laut nach Hilfe riefen, wie die industriellen Arbeiter, so liege das daran, daß sie nicht so organisiert seien. Erst der Bund der Landwirthe habe eine solche Organisation geschaffen. Man habe denselben selbst von sehr hoher Stelle Vorwürfe über die Art seiner Agitation gemacht; dieser Vorwurf könne doch nur einzelne Personen treffen; im Ganzen habe sich der Bund der Landwirthe als so königstreu erwiesen, wie selten eine andere Korporation. (Beifall rechts.) Er wolle aber dieses Thema verlassen, sonst könnte man ihm auch einen Vorwurf machen. Er danke dem Abg. v. Heyl, daß er den vorliegenden Antrag eingebracht habe. Deutschland müsse immer mehr darauf bedacht sein, seine wirtschaftliche Existenz in sich selbst zu begründen, denn von den ausländischen Märkten würde es mit der Zeit immer mehr abgedrängt werden. Daran und an der verminderten Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung liege es, wenn unsere Industrie klage. Aber man wolle nichts thun, um der Noth der Landwirtschaft abzuhelfen, ja, man bezweifle, daß die Nothlage so groß sei, wie sie dargestellt wird. Er kenne aber einen Fall, in dem einem Domänenpächter von den benachbarten Bauern der Morgen Land für 50 Pfennig Pacht angeboten worden sei. Das sei doch bezeichnend genug. Argentinien könne jedenfalls, wenn seine Entwicklung so fortschreite wie bisher, für uns das gefährlichste Land werden. Er werde deshalb für den Antrag Heyl stimmen, obwohl nur bedingt. Wirkliche Abhilfe könne nur eine andere Versorgung des Landes mit ausländischem Getreide nach dem Vorschlage des Grafen Kanitz bringen. Man habe denselben verurtheilt, seine Tendenz als Korwucher bezeichnet. Vor Friedrich dem Großen habe man das doch nicht gesagt, obwohl er im Grunde nur das gethan, was der Antrag Kanitz wolle. Er bitte also, den Antrag Heyl anzunehmen, möchte dabei aber zugleich ein gutes Wort für den Antrag Kanitz einlegen.

Darauf wird die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Postetat.)

Schlus 5 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Handelsministerium hat verfügt, daß die Gesuche heimischer Industrieller um Gestattung des zollfreien Verkehrs mit inländischen feinen Weingeweben, die zum Bleichen nach Irland ausgeführt werden sollen, abzulehnen seien.

In Eisenach stehen zwei Mitglieder des Bundes der Landwirthe, der nationalliberale und der antisemitische Kandidat, im Kampfe mit dem Generalsekretär des Bundes, Dr. Koeside. Ein Beweis, welche Macht in diesen reaktionären Parteien der Bund der Landwirthe sßt. Unser Kandidat ist Gen. Paepold.

Die Befastigung der deutschen Konsumenten durch Antrag Kanitz wird durch eine Eingabe des Vorstehers der Kanitzberger Raumausschast an den Reichsanwalt anfanglich dargelegt. Nach der Formulierung in der wirtschaftlichen Vereinigung würden sich für die vier Hauptgetreidearten folgende Mindestverkaufspreise für die Tonne ergeben: Weizen 204 Mk., Roggen 180 Mk., Gerste 147 Mk., Hafer 142 Mk. gegenwärtige Preisstand für inländische oder verzollte Waare dagegen an der Berliner Börse: für Weizen 187 Mk., Roggen 117 Mk., Hafer 114 Mk., während der Durchschnittspreis für verschiedenen Qualitäten Gerste (Zuttergerste, Braugerste, Braugerste) mit etwa 120 Mk. anzunehmen ist. Angenommen, der Antrag Kanitz würde Geleg. so ergebe sich zunächst eine gerat ungenehmerliche neue Befastigung der deutschen Konsumenten. Der letzten Verfassungsjahrgang sind in der Land- und Forstwirtschaft etwa 12 1/2 pCt. der Bevölkerung beschäftigt. Angenommen, Befastigung träge nur etwa 25 Millionen Städter, so würde sie beim Brotgetreide unter Zugrundelegung eines Verbrauchs von 110 Kilogramm Roggen und 50 Kilogramm Weizen eines gegen den jetzigen Inlandspreis bei Roggen um 48 Mk., Weizen um 67 Mk. erhöhten Verkaufspreises auf jährlich 118 84 = 202 Millionen Mk. als Folge des Antrages Kanitz berechnen. Hierzu die Befastigung dieses Konsums durch den bestehenden Zoll von 35 Mk. pro Tonne = 140 Millionen, würde eine Gesamtbefastigung des städtischen Brotverbrauchs von jährlich 342 Millionen Mk. ergeben. Ferner würde bei einem Bierverbrauch von etwa 56 Millionen Hektoliter jede Mark, welche der Preis der Braugerste gesteigert wird, die Herstellung des Bieres um mindestens 1 1/2 Millionen Mk. vertheuern. Der Verbrauch von Hafer in Deutschland wird auf ungefähr 4 5 Millionen Tonnen geschätzt und stellt sich durchschnittlich Pferd auf etwa 1,2 Tonnen jährlich. Da die unter drei Jahren alten Pferde sich fast durchweg auf dem Lande befinden, so ist Durchschnittsverbrauch pro Pferd in den Städten größer als dem Lande. In den Städten des preussischen Staates wurden 1. Dezember 1892 400,000 Pferde gezählt; deren Zahl in den Städten des Reiches ist mithin auf etwa 600,000 anzunehmen. Selbst, wenn man den Haferverbrauch in den Städten nur etwa 8—900,000 Tonnen veranschlagen will, so würde bei einer Vertheuerung pro Tonne von 28 Mk. durch den Antrag Kanitz zu bereits bestehenden Zollbelastung von jährlich mindestens 25 Millionen eine neue Befastigung durch den Verkaufsanschlag in gleicher Höhe insgesamt von 50 Millionen Mark jährlich ergeben. Rechnet man die Vertheuerung der sonstigen Getreidegattung hinzu, so kommt man zu einer neuen Gesamtbefastigung aller derzeitigen Konsumenten, welche nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, durch die Ausführung des Antrages Kanitz von vielleicht jährlich 300 Millionen Mark, und einschließl. der vorhandenen Befastigung durch die jetzigen Zollsätze zu einer Gesamtbefastigung der städtischen Konsumenten von etwa 500 Millionen Mark jährlich. Aber auch ein großer Theil der landwirtschaftlichen Bevölkerung hätte unter der Vertheuerung zu leiden, namentlich die vielen ländlichen Lohnarbeiter und diejenigen ländlichen Besitzer, welche Getreide und namentlich Futtermittel zukaufen müssen. Die gesammte Neubefastigung der deutschen Bevölkerung durch die Festsetzung der vorbeschlagenen Mindestverkaufspreise ist deshalb mit jährlich 4 bis 500 Millionen Mark, und unter Hinzurechnung der Vertheuerung durch den bereits bestehenden Zoll mit insgesamt 600 bis 750 Millionen Mark jährlich vielleicht noch zu niedrig veranschlagt. Allerdings wird sie sich in der Maße geringer stellen, als die Getreidepreise auf dem Weltmarkt steigen. Immer aber wird es sich um eine künstliche Vertheuerung von jährlich Hunderten von Millionen Mark handeln. Eine derartige enorme dauernde Befastigung der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Bevölkerung zu Gunsten eines Theiles der landwirtschaftlichen Produzenten muß als unerträglich erscheinen. Wirthschaftlich und sozialpolitisch von den bedenklichsten Folgen, muß sie die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters herabdrücken, das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands untergraben und eine lebensschädliche Erbitterung gegen die Landwirtschaft erzeugen, die schließlich zu unhaltbaren Zuständen führen würde.“

Der Antrag Kanitz ist mit nur 103 Unterschriften bedeckt im Reichstage eingereicht worden. Das Zentrum hat, wie das Organ des „Bundes der Landwirthe“ schmerzbewegt mittheilt, den Antrag Kanitz nicht unterzeichnet, anscheinend deshalb, weil es „durch die Kommission der letzten 14 Tage“ zu einer andern Auffassung der Dinge gelangt ist. Vorher hatten viele Mitglieder des Zentrums sich zu Unterzeichnung bereit erklärt. — Das Zentrum hat sich also auch „hier“ rühmlichst unterworfen.

Aus der Welt der Ueberraschungen. Die Köller'sche „Berl. Korresp.“ meldet: Der Regierungspräsident Hannover, Graf von Bismarck-Schönhausen, ist zu Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen ernannt worden.

Die Umsturzkommission hat Dienstag unerwartet rasch die erste Lesung der Vorlage beendet. Nachdem die Anträge des Zentrums aus der lex Heinze gefallen waren, verzichtete es freiwillig auf den Antrag seines Parteigenossen Noddy, welcher das Duell mit Gefängnißstrafe mit Festung bestraft wissen wollte, und eine Reihe anderer Verschärfungen beantragt hatte. Nunmehr ist der Boden für die Mogeleyen zwischen Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen geebnet. Bis zur zweiten Lesung, die nächsten Mittwoch beginnen soll, wird die Verständigung voraussichtlich erzielt sein, und dann kann sich das deutsche Volk auf eine neue Anebelung seiner Meinungsfreiheit gefaßt machen. Obgleich die Regierung nicht entfernt erreichte, was sie wollte, erreichte sie schließlich doch mehr, als sie vor sechs Monaten zu erreichen hoffte. Und nach dem Grundsatze, daß der Sperling der Hand besser ist, als die Taube auf dem Dach, wird sie zugreifen, später, zu gelegenerer Zeit zu erhalten, was ihr jetzt zu erlangen unmöglich war. Das deutsche Volk kann sich zu dem Osterfest, das ihm Zentrum, Nationalliberale und Konservative bereiten, Glück wünschen.

Für verschämte Arme? Die Agrarier Schlesien wollen dem Herzog von Saxe-Coburg zu seinem achtzigsten Geburtstag einen Teppich schenken. Da es aber die Herrschaften gemohnt sind, alle Lasten auf andere Schultern abzuwälzen, so werden jetzt nach berühmten Mustern Arbeiter und Diensthöten, abhängige Handwerker und Kleinbürger zu der Teppichsteuer herangezogen. Dem „Vorwärts“ wird aus Schlesien geschrieben, daß in den Kreisen Jauer, Striegau und Schweidnitz die Frauen und Töchter von Dominia

direktoren und Inspektoren von Stube zu Stube gehen mit den Worten, „si können sammeln für den Fürsten Bismarck!“ Kein Dominialarbeiter wird verschont; und diese armen Ausgebeuteten, die 90 Pfennig Lohn den Tag bekommen, müssen Jeder ein paar Groschen hergeben, damit dem Fürsten Bismarck, der Alles im Ueberfluß hat, ein kostbarer Teppich zum Geburtstag geschenkt werden kann. Wer sich sträubt, dem wird gesagt: „Sie sind wohl Sozialdemokrat? Sozialdemokraten können wir hier nicht brauchen. In anderen Gegenden Deutschlands wird den Arbeitern der neue „Doppelpennig“ einfach vom Lohn abgezogen! — Falls innerhalb unseres Leserkreises ebenfalls derartige Veteleien in Szene gesetzt werden sollten, so bitten wir uns unverzüglich davon Kenntnis zu geben!

Unter der Nachwirkung der Verhandlungen über den Untergang der „Elbe“ ist im Reichstage vom Abg. Dr. Hahn und zahlreichen Konservativen und Zentrumsmitgliedern eine Resolution zum Postetat eingebracht worden, die den Reichskanzler ersucht, Erhebungen zu veranstalten: 1) über die Art und Dauer des Dienstes und der Arbeit der Schiffsoffiziere und Schiffsmannschaften auf den Reichsdampfern während des Ladens und Löschens in den Abfahrts-, Anfahrts- und Ankunftsäfen; 2) darüber, zu welchem Theil die Besatzung der Reichspostdampfer aus wirklichen Seelenten besteht.

Minister von Köller dementirt weiter. Seine „Berl. Korresp.“ schreibt: Der „Vorwärts“, dessen Mittheilungen über den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Persius von der „Berl. Korresp.“ bereits am 8. d. M. dementirt worden sind, behauptet jetzt, das Dementi lasse sehr viele Deutungen zu, und bleibt dabei, seine Behauptungen seien richtig gewesen. Demgegenüber sei noch einmal festgestellt, daß weder Minister von Köller selbst, noch irgend Jemand in seinem Auftrage mit dem Präsidenten Persius Verhandlungen geführt oder auf ihn einzuwirken versucht hat, um ihn zur Einreichung eines Abschiedsgesuches oder zur anderweitigen Befreiung der Senate zu veranlassen. Präsident Persius hat keine Audienz beim Kaiser nachgesucht. Ebenso wenig hat sich seit der Meldung des „Vorwärts“ hinter den Kulissen etwas zugetragen. Es kann aber nur wiederholt werden, daß die Nachrichten des „Vorwärts“ erfunden waren. Seine Deutung des Dementi vom 8. ds. Mts. war falsch, und der Versuch, sich durch diese herauszureden, ist mißglückt.

Der „Vorwärts“ richtet nun folgende Goethe'sche Worte an die Köller'sche Korrespondenz:

W e p h i s t o p h e l e s - K ö l l e r :

Ich hab doch Recht!

F a u s t : „ V o r w ä r t s “ :

Hör! merk dir dies —

Ich bitte dich und schone meine Lunge —

Wer Recht behalten will und hat nur eine Zunge, Behält's gewiß.

(Goethe's „Faust“. Der Tragödie erster Theil.)

Notabene: An Stelle der Zunge kann man auch eine „Berliner Korrespondenz“ benutzen.

Schweiz.

Zürich. Eine Versammlung der Buchdruckereibesitzer, die den Lohntarif anerkannt haben, hat beschlossen, vom 1. Mai an den neunstündigen Arbeitstag einzuführen und für die Berechnung der Akkordarbeit eine fünfprozentige Erhöhung zu gewähren.

Belgien.

Ein vorläufiges Aufgeben der Kongovorlage wird abermals aus Belgien gemeldet. Nach der Brüsseler „Chronique“ soll der König von Belgien in Folge der Erklärung des Ministeriums, daß die sofortige Uebernahme des Kongostaates durch Belgien aussichtslos sei, bereit sein, den Vorschlag der klerikalen Kammerrechte anzunehmen, wonach Belgien bis 1900 zur Fortführung des Kongostaates die erforderlichen Zuschüsse bewilligt. — Die Trauben scheinen zu sauer zu sein.

Frankreich.

Paris. Die Arbeiter der Zündholzfabrik Pantin legten die Arbeit nieder. Sie verlangen, die Verwaltung solle zu dem früher verwendeten Holze zurückkehren oder die Löhne erhöhen.

Lübeck und Umgegend.

14. März

Für die Versammlung der Bürgerschaft am Montag, den 18. März, 1895, Vormittags 10 Uhr, ist folgende Tagesordnung festgesetzt: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Festsetzung der im Jahre 1895 auszuführenden Pflasterungsarbeiten in der Stadt. 2. Festsetzung der im Jahre 1895 in den Wegebezirken der Vorstädte auszuführenden Wegearbeiten. 3. Bewilligung der für den Bau des Elbe-Trave-Kanals in der Zeit vom 1. April 1895 bis 31. März 1896 erforderlichen Mittel. 4. Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für 1895/96. 5. Anstellung von zwei Bureaubeamten beim Katasteramt. 6. Neuordnung der Baupolizei. 7. Erweiterung der Grenzen des inneren Wegebezirkes an der Ludwigstraße. 8. Anstellung eines Kassenbeamten beim öffentlichen Schlachthause.

Behufs Belehrung haben sich die Mannschaften des Verurlaubtenstandes der Marine — soweit sie in der Stadt Lübeck und den Vorstädten wohnhaft sind — wie

folgt auf dem Schützenhofe zu stellen: 1. am 18. März 1/21 Uhr Mittag, die Marine-Reserve und Marine-Ersatz-Reserve. 2. am 19. März 1/21 Uhr Mittags, die Seewehr I. und II. Aufgebots. Ausgenommen sind die pro 1895/96 als unabhkömmlich bezw. vom Waffendienst zurückgestellten. Ränge müssen zur Stelle sein.

Die Bürgerschafts-Ersatzwahlen finden bekanntlich im Juni d. J. statt. Aus der Bürgerschaft scheiden in diesem Jahre aus:

Jakobi-Quartier und Vorstadt St. Gertrud: Landrichter Dr. Benda, Oberamtsrichter Dr. Aschenfeldt, Rechtsanwalt Dr. Prief, Landrichter Dr. Thöl, G. F. G. Schwarzkopf, Direktor Bruhn, A. F. Th. Demuth, L. Th. F. Heyd, A. F. L. Hammerich.

Johannis-Quartier und Vorstadt St. Jürgen: Dr. Carlebach, Aug. Brehmer, F. H. Evers, N. F. W. Fürch, G. A. Schickelanz, F. A. H. Linde, F. F. H. Rosenber, F. L. Wollert.

Marien-Quartier und Vorstadt St. Lorenz: Dr. Gaedecke, Polizeirath Dr. Hach, Landrichter Dr. Sommer, Hauptpastor Trummer, Senator F. H. Vertling, G. F. F. Schulz, G. L. Th. Sager, C. F. H. Weickendorf, C. F. F. Blund, C. R. A. Grube, Rud. Thiel, A. F. A. Rittscher.

Marien-Magdalenen-Quartier: Konsul H. W. Fehling, Vice-Konsul W. Marty, G. E. Legtmeyer, F. H. W. Fust, Carl Meyer, Th. H. Pierstorff.

Mühlenthor, Landbezirk: F. F. F. Fierhagen und F. H. A. Röttger, Genin, F. H. F. Scharbau, Borrade.

7.) Mierauer Landbezirk: Prof. Aug. Sartori.

8.) Burgthor, Landbezirk: F. H. F. Böge, Schlutup.

9.) Holstenthor, Landbezirk: F. A. Höppner, Krumbel, F. F. Kahl, Sarau.

10.) Travemünder Landbezirk: Th. F. H. Hildebrandt, Dammersdorf.

Bürgerausschuß. In seiner gestrigen Sitzung empfahl der Bürgerausschuß den Senatsantrag auf provisorische Herstellung einer Straßenbahn zwischen dem Bahnhofe und dem Ausstellungsplatze, Verlangung der Konzession für das hiesige Straßenbahnunternehmen überhaupt, der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung. Der zweite Senatsantrag, betreffend die Verlegung eines 200 Meter langen Gashauptrohres in der Hülterthor-Allee und die Bewilligung der auf 9000 Mk. veranschlagten Kosten aus den Mitteln der städtischen Gemeindeanstalten für 1895/96 fand ebenfalls die Empfehlung des Ausschusses. Der dritte, etwas spät eingegangene, Senatsantrag betraf den Budgetentwurf und die Deckung des Fehlbetrages von 1895/96. Nach diesem Antrag soll, falls über das Staatsbudget, insbesondere über die Deckung des Fehlbetrages für das Rechnungsjahr 1895/96 am 1. April d. J. eine Einigung noch nicht erzielt ist, der Senat und die Behörden ermächtigt sein, die Staatsverwaltung nach Maßgabe des Entwurfs des Staatsbudgets für das Rechnungsjahr 1895/96, wie solches vom Senate, unter Aufnahme der vom Bürgerausschuß zu einzelnen Positionen empfohlen und vom Senate richtig gestellten Abänderungen, der Bürgerschaft vorgelegt werden soll, während der ersten drei Monate desselben fortzuführen; 2) daß von allen nach dem Gesetze vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, steuerpflichtigen Einkommen über zwölf hundert Mark für den ersten Vierteljahrstermin des Rechnungsjahres 1895/96 ein Zuschlag zur Einkommensteuer von einem Viertel zu entrichten sei und 3) daß ein darnach etwa noch verbleibender Fehlbetrag für diese Verwaltungszeit einstweilen auf die Kasse der städtischen Gemeindeanstalten aus den im Voranschlag von 1895/96 Kap. XII. für unvorhergesehen Ausgaben ausgeworfenen Geldern anzuweisen sei. Dr. Sommer beantragte zu 1. der Aenderung die Worte „der ersten drei Monate“ in „des Monats April“ und beantragte die Streichung des dritten Theils des Gesamtantrages. Nach einer langen Berathung wurden die Sommer'schen Anträge einstimmig genehmigt und darauf folgende Resolution beschlossen:

„Der Bürgerausschuß hält es für unvereinbar mit Artikel 70 der Verfassung, daß es im Proportionsbetrage vom 11. Mai heißt: Der Senat werde bei der Bürgerschaft die dem Bürgerausschuße bereits zur gutachtlichen Erklärung vorgelegten Gesetze betr. Erbschaftsteuer und Einkommensteuer der Bürgerschaft unterbreiten, er ist vielmehr der Meinung, daß Gesetzentwürfe erst an die Bürgerschaft gebracht werden können, nachdem ein Gutachten des Bürgerausschusses vorliegt.“

Kartellversammlung. Im Lokale des Genossen Leede fand am Dienstag Abend eine Kartellversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Der erste Mai 1895. 2) Verschiedenes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurden die Delegirten ersucht, dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse des Kölner Parteitages in den Gewerkschaften richtig verstanden und ausgeführt würden. Nach diesen Beschlüssen hätten alle diejenigen Mitglieder der Gewerkschaften, welche dazu in der Lage seien, die Verpflichtung, den ersten Mai als Feiertag zu begehren. Es sei aber auch nothwendig, daß man vor unüberlegten Schritten warne und sämtliche Eventualitäten vorher in Betracht ziehe. Ferner wurde über die Aufstellung eines Programms für den 1. Mai berathen und eine diesbezügliche Resolution angenommen. Ein Antrag, welcher verlangt, daß diejenigen Mitglieder der Gewerkschaften, welche gezwungen sind, zu arbeiten, einen bestimmten Theil des am genannten Tage verdienten Lohnes zum Zwecke der Agitation abzugeben hätten, wurde den einzelnen Gewerkschaften zur Vorberathung überwiesen. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurde über die beiden Anträge, die den Gewerkschaften von der letzten Kartellversamm-

lung zur Vorberathung überwiesen waren, berichtet. Es stellte sich heraus, daß sich 18 Gewerkschaften für die Anträge ausgesprochen hatten, die übrigen Gewerkschaften hatten noch keine Mitgliederversammlungen gehabt. Die Anträge sind somit angenommen. — Es wurde sodann vom Vertrauensmann ein Schreiben einer von Dresdener Bauarbeitern eingesetzten Kommission verlesen. Die Kommission hat die Aufgabe, über die im Baugewerbe noch herrschenden Mißstände Feststellungen zu machen und für deren Abhilfe an maßgebender Stelle thätig zu sein. Es handelt sich besonders um die Mängel, die auf den meisten Bauten in Bezug auf die sog. Baubuden, die Fensterfrage und die Arbeiten bei Kalkkörben u. s. w. bestehen. Es sollen ferner über das Durchschnittsalter der im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter, über die im Baugewerbe vorkommenden Krankheiten und deren Ursachen Statistiken aufgenommen werden und zu einer Eingabe verarbeitet werden. Zum Zwecke der Aufnahme dieser Statistiken, sowie zur Sammlung von Unterschriften für eine diesbezügliche Petition, soll eine Kommission gewählt werden. Vor einigen Rednern wurde befristwortet, eine solche Kommission zu wählen. Der Vertreter der Maurer war der Ansicht, daß die Dresdener Kommission noch garnicht weit genug gegangen sei; es fehlten z. B. Fragen über die Lohnsummen, welche alljährlich für die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter verloren gingen. Es seien das ganz bedeutende Summen. Im Uebrigen ist er der Meinung, daß sich die Kommission an die Vorstände der in Frage kommenden Gewerkschaften hätte wenden müssen. Ein Beschluß, hier eine Kommission zu wählen, wurde nicht gefaßt. Es wurde sodann ein Schreiben der Steinseker Berlins verlesen. In demselben bat der Vorstand der Organisation um Mittheilung von Unternehmer-Adressen in diesem Gewerbe, da die Organisation einen Arbeitsnachweis eingerichtet habe. Gleichzeitig wurde um die Verbreitung des Fachorgans der Steinseker gebeten. Es wurde festgestellt, daß hier nur ein Steinsekermeister in Frage komme; die Fachblätter wurden von einzelnen Genossen zur Verbreitung übernommen. Sodann wurde noch eine Streitfrage, welche zwischen den Bäckern und ihrem Verkehrgewirthe schwebt, besprochen. Es wurde eine fünfgliedrige Kommission zur Untersuchung dieser Angelegenheit aus der Mitte der Delegirten gewählt. Sodann wurden die Delegirten ersucht, in den Gewerkschaften dafür Sorge zu tragen, daß die vom Kartell gefaßten Beschlüsse bezüglich der Festlichkeiten hochgehalten würden. Auch die am Schlusse jeden Quartals aufzunehmende Statistik sei von dem vorigen Vertrauensmann nicht geführt worden. Der Vertrauensmann bat daher, die diesbezüglichen Angaben bis zur nächsten Kartellversammlung zu machen. Es wurde bei dieser Gelegenheit hervorgehoben, daß es nicht nur darauf ankomme, festzustellen, wie viele Mitglieder die einzelnen Gewerkschaften am Schlusse des Quartals zählen, sondern es solle auch gleichzeitig angegeben werden, wie viele Arbeiter zu dieser Zeit in den in Frage kommenden Branchen beschäftigt sind. In Bezug auf die Lokalfrage wurde beschlossen, das Lokal, in welchem die nächste Kartellversammlung stattfinden solle, nicht, wie es bisher der Fall war, in der Kartellversammlung zu bestimmen, sondern hierin dem Vertrauensmann freie Hand zu lassen. Hierauf wurde die Kartellversammlung geschlossen.

Das Hauptgebäude der deutsch-nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung wurde, da die ersten Angebote den Voranschlag, welcher ca. 87 000 Mk. beträgt, zu sehr überstiegen, nochmals in Submission übergeben. Es sind bei dem jetzigen Angebot die 8 Thürme an den Längsschiffen nicht mit in Rechnung gezogen worden. Die eingereichten Offerten lauten jetzt wie folgt: Zimmermeister Thorkul 104 500 Mk., Rittscher und Kühnau 103 000 Mk., Blund und Schwarzkopf 101 200 Mk., Marx und Wagt 98 200 Mk., Venschow und Ledeburg 96 500 Mk., Behrens, Burmeister und Lühr 87 800 Mk. Ein Zuschlag ist noch nicht erfolgt.

Aufeisung der Obertrave. Die Obertrave wurde gestern durch einen Eisbrecher der Handelskammer aufgefist. Die Kosten für diese Aufeisung hat die Dampfziegelei Recke getragen.

Bezirkspfleger. Der Senat hat an Stelle des verstorbenen Fr. H. E. Wendt den Kapitän A. Magnus zum bürgerlichen Deputirten und Bezirkspfleger bei der Armenanstalt ernannt.

Ein hellbrauner fockiger Winterpaletot, in welchem ein Taschentuch, F. S. gezeichnet, sowie ein Paar braune Glaceehandschuhe stecken, wurde am Montag im Schlüsselbuden gestohlen.

Zu Boden fiel am Dienstag Abend in der Holstentstraße der hier zugereiste Lohgerber Anders aus Wien. Ob Epilepsie oder Hunger den Fall verschuldet hat meldet der Polizeibericht leider nicht. Auf Anordnung des Polizeiarztes wurde der Arme nach dem allg. Krankenhause geschafft.

Im Kinderhospital fanden während des Jahres 1894 166 Kinder mit 7813 Verpflegungstagen Aufnahme. Gegen das Jahr 1893 bedeutet das eine ganz geringe Abnahme, die wir hauptsächlich dem Umstande zuschreiben, daß die Ärzte von Seiten der Vorbesitzer des Hospitals auf's Neue angewiesen wurden, § 9 der Aufnahme-Statuten, wonach ohne Zahlung des Kostgeldes kein Kind aufgenommen werden soll, mehr zu beachten. Das Kostgeld wurde entrichtet durch die Armenanstalt für 79 Kinder, durch die Kinderpflegeanstalt für 14, durch Gemeinden für 6, durch Privatpersonen und die Freiwirtschaft für 67 Kinder. Das Diphtherie-Heißerum wurde im verfloßenen Jahre angeschafft, ist aber nur in einem Falle (mit Erfolg) zur Anwendung gelangt. Der Vermögensstand des Hospitals betrug zu Ende des Jahres 314 629,03 Mk. Wie aus dem öffentlichen Bericht des Hospitals zu ersehen ist, haben von 166 Kindern im Laufe des Jahres 34 Kinder und zwar 19 Knaben und 15 Mädchen,

als geheilt wurden 98, als geheilt und ungeheilt je 3 Kinder entlassen. 28 Kinder verblieben am Ende des Jahres in der Anstalt. Die größte Zahl der Verstorbenen (12) befand sich noch im 1. Lebensjahre. Am meisten war die Anstalt im März (mit 22 Kindern), am wenigsten im Oktober (15 Kinder) belegt. Diphtherie (25), Krätze (1) (34) und Augenkrankheiten mußten am meisten behandelt werden.

Bewegung der Bevölkerung. Im Monat Februar 1895 fanden nach dem Bericht des statistischen Amtes der Stadt Lübeck folgende Veränderungen in der Bevölkerung statt: Es wurden 164 Kinder geboren, davon waren 154 ehelich, 10 unehelich, 160 lebend geboren, (86 männlich, 74 weiblich), 4 todt geboren, (3 männlich, 1 weiblich), davon 1 unehelich). Die Anzahl der Gestorbenen (todtgeborene ausgeschlossen) betrug 81 (35 männlich, 46 weiblich). Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0 bis 1 Jahr 12 (darunter 1 unehelich (Geborene), 1 bis 5 Jahren 7, von 5 bis 10 Jahren 2, von 10 bis 15 Jahren 2, von 15 bis 20 Jahren 2, von 20 bis 30 Jahren 5, von 30 bis 40 Jahren 4, von 40 bis 50 Jahren 4, von 50 bis 60 Jahren 18, von 60 bis 70 Jahren 10, von 70 bis 80 Jahren 11, von 80 bis 90 Jahren 3, über 90 Jahren —. Es starben an: Angeborene Leberanschübe 4, Abzehrung 2, Altersschwäche 5, Bluterkrankung —, Bräune —, Diphtherie, Durchfall —, Brust- und allgemeine Wassersucht —, Darm- und Bauchfellentzündung 4, Darmkatarrh —, Diphtherie 2, Gehirnentzündung 3, Gehirnverwundung 1, Gehirnschlagfluß 3, Gelenkentzündung 2, Herzfehler 1, Kruchhusten —, Krämpfe 3, Krebschaden 6, Lungenkatarrh (chronischer) 1, Lungen- und Brustdrüsenentzündung 7, Lungenentzündung 3, Lungenüberblutung (Schwindel) 4, Magengeschwür 1, Majern und Nüthen —, Nierenkrankheit 3, Pocken —, Ruhr —, Scharlach —, Typhus (gastrisches und Nervenfieber) 1, Verletzungen —, Wochenbettfieber —, übrigen Krankheiten 16, Selbstmord 1, Unglücksfall 1, unbekannter Krankheiten 7.

Schwartau. Kontrollversammlung. Zu den diesjährigen Frühjahrs-Kontrollversammlungen haben sich zu stellen: A. Sämtliche Wehrleute der Landwehr I. Aufgebots und der Seewehr I. Aufgebots (Jahresklassen 1882 bis einschließlich 1886). B. Sämtliche Reservisten, Dispositions-Urlauber und zur Disposition der Ersatz- Behörden Entlassene der Armee und Marine (Jahresklassen 1887 bis 1894). C. Sämtliche Ersatz-Reservisten der Armee und Marine. Die Wehrleute und die Ersatz-Reservisten vom Jahrgang 1882, sowie die Reservisten vom Jahrgang 1887 haben ihre Pässe umgehend dem Meldeamt Cutin einzureichen. Besondere Befestigungsbefehle werden nicht erteilt, vielmehr ist diese Bekanntmachung einem solchen gleich zu erachten. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. Die Mannschaften haben sich pünktlich auf den befohlenen Kontrollplätzen zu stellen und ihre Militärpapiere mitzubringen. Befreiungsgesuche von der Theilnahme an den Kontroll-Versammlungen sind rechtzeitig beim Meldeamt Cutin einzureichen. Kontrollversammlungen werden im Fürstenthum Lübeck abgehalten: 1. In Schwartau, Marktplatz: Montag den 22. April, Vormittags 10 Uhr, für die unter A und C aufgerufenen Mannschaften. Montag den 22. April, Nachmittags 2 Uhr, für die unter B aufgerufenen Mannschaften. 2. In Ahrensböck, Gerichtsgebäude: Dienstag den 23. April, Vormittags 10 Uhr, für die unter A und C aufgerufenen Mannschaften. Dienstag den 23. April, Nachmittags 12 1/2 Uhr, für die unter B aufgerufenen Mannschaften. 3. In Cutin, Reitbahn auf dem Schloßplatz: Mittwoch den 24. April, Vormittags 10 Uhr, für

die unter A und C aufgerufenen Mannschaften. Mittwoch, den 24. April, Nachmittags 3 Uhr, für die unter B aufgerufenen Mannschaften.

X. Cutin. Der streitbare Pastor Jöbber-Rathau, der so unglaublich Dummes über die Sozialdemokratie in der Versammlung des Bundes der Landwirthe zu Lübeck zu Tage förderte, ist mit 36 Stimmen in den ostenburgische Landtag gewählt. Sein Gegenkandidat, Bürgermeister Wahlstedt, erhielt nur 21 Stimmen.

Neumünster. Curlos verschwunden ist der seit kurzer Zeit in der Holstenstraße etablierte Bäckermeister Böhmer sammt Familie. — Die Einwohnerzahl der Stadt Neumünster bezifferte sich am 1. Februar d. J. auf 21,193. Im Laufe des Februar kamen hinzu: durch Anzug 162, durch Geburten 64, zusammen 226; gingen ab: durch Wegzug 140, durch Tod 37, zusammen 177. Demnach mehr an Zugang 49. Einwohnerzahl am 1. März 1895 21,242.

Hamburg. Am gestrigen 1. Ziehungstage der 1. Klasse 807. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen: 5000 Mk. auf Nr. 86082; 3000 Mk. auf Nr. 92765; 1000 Mk. auf Nr. 87562; 300 Mk. auf Nr. 42036 88387 95827; 200 Mk. auf Nr. 4 81 26779 34922 38809 46741 54022 55653 85159 98226 99203. (Ohne Gewähr.)

Hamburg. Gegen den Hausmakler Jonas gen. John Simon Cohen, welcher vor einigen Tagen verschwunden ist, ist ein Steckbrief erlassen. Es handelt sich um Betrügereien im Betrage von 120 000 Mk., die er begangen haben soll.

Hamburg. Ueber den Zeugnißzwang von dem wir nach der „Frk. Ztg.“ melden, schreibt jetzt der „H. C.“ offiziös: „Das betr. Bürgerchaftsmitglied, Herr Th. L. Dageför, hatte mit Bezug auf die Hafenspolizei-Reorganisation nicht etwa nur aus eigener Beobachtung und Erfahrung geschöpft Kenntnisse entwickelt, vielmehr durch einen Subalternbeamten, der dadurch das Amtsgeheimniß verletzte, Kunde von einer vom Hafenkommandeur dienstlich erlassenen Ordre erhalten. Zur Ermittlung dieses Beamten wurde eine Untersuchung eingeleitet. Herr Dageför, der übrigens zuerst der Meinung war, daß sich diese Untersuchung gegen ihn richte, verweigerte der Polizeibehörde gegenüber seine Aussage. Die Polizeibehörde verwies darauf die Sache an das Gericht, und bei diesem liegt die Angelegenheit jetzt. Der wegen der Hafenspolizei niedergesetzte bürgerschaftliche Ausschuß hat in Folge dessen ganz korrekt beschlossen, den Ausgang abzuwarten, ehe er seine Berathungen fortsetzt. Gegen das Ausschußmitglied Herrn Dageför ist überhaupt kein Verfahren eröffnet, dies konnte also auch nicht eingestellt werden, und eine „angemessene Entschädigung“ kann um so weniger beantragt werden, als das Recht sowohl der Polizeibehörde als des Gerichtes, in einer Untersuchungssache ein Bürgerchaftsmitglied zur Ablegung eines Zeugnisses aufzufordern, zweifellos ist und nicht bestritten werden kann.“

Parham. Bei der verkrachten Kreditbank sind sämtliche Depots verschwunden, nur werthlose Wechsel wurden vorgefunden. Auch Rentier Rohu meldete den

Konkurs an. Die Depotgläubiger erhalten keinen Pfennig zurück.

Schwerin. Einen Beweis von der Menschenfreundlichkeit, wie sie bei mecklenburgischen Rittergutsbesitzern zu finden ist, liefert folgendes Beispiel: Der Fischer P. hatte seit 47 Jahren auf Gut Cambs die Fischerei gepachtet, und zwar schon, als noch der Großvater des jetzigen Besitzers lebte. Zu Anfang bezahlte P. jährlich 600 Mk. Pacht, der Vater des jetzigen Besitzers erhöhte dieselbe später auf 1200 Mk.; diese Summe bezahlte P., als das Gut in den Besitz des jetzigen Eigenthümers übergegangen war. Da brach vor ungefähr 11 Jahren die Wasserpest, eine Art Krautgewächs, worin die Fische nicht zu fangen sind, in Cambs aus; damals wurde die Pacht auf 600 Mk. herabgesetzt, zwei Jahre später jedoch wieder auf 900 Mk. erhöht und blieb auch in dieser Höhe bis zum Ablauf des letzten Kontraktes, bis Johannis 1894. Alle Vorstellungen des P., daß er wegen der Wasserpest nicht soviel Pacht bezahlen könne, waren ohne Erfolg geblieben. Statt Ermäßigung der Pacht ward dem P. angekündigt, er habe zum 1. Oktober 1894 seine Wohnung zu räumen. Als er sich auf ein Versprechen des Großvaters des jetzigen Besitzers berief, wonach ihm Wohnung auf dem Gute bis an sein Lebensende zugesichert war, erhielt er die Antwort, er könne nur dann wohnen bleiben, wenn seine Frau — die beikünftig schon 56 Jahre alt ist — zu Hofe gehen wolle und hier täglich gegen einen Lohn von 50 Pf. arbeite. Hierauf einzugehen, weigerte sich P. und er ist demzufolge im Oktober v. J. von Cambs nach Schwerin verzogen. Er hat nun Zeit und Muße genug, darüber nachzudenken, was es denn eigentlich für eine Bewandniß mit den so oft gerühmten „patriarchalischen“ Zuständen hat.

Briefkasten.

N. C. Keine Sitzung.
Karl B. Müll. 30 Pfg. erhalten. „Fuchsmühl“ war vergriffen. Wird nach Eintreffen sofort an Sie abgekauft.

Lübecker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht der 200 Pfund:	18. März.
Weizen 12 Mk. — Pf bis 13 Mk. — Pf.	
Roggen 11 " — " " 11 " 70 "	
Gerste 11 " — " " 11 " 50 "	
Hafer 10 " 50 " " 11 " 50 "	
Erbsen 11 " 50 " " 12 " — "	
Gelbe Kocherbsen 15 " — " " 17 " — "	
Grüne " " " " 17 " — "	

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 13. März
Der Schweinehandel verlief ziemlich flau.
Angeführt wurden — Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Verlaufspreise schwere 44—46 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 39—43 Mk. und Ferkel 43—45 Mk. pr. 100 Pfd.

Witterungs-Bericht.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,40, 9 1/2, schwach.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Mein großer
Juventur = Ausverkauf
währt noch bis Anfang April.
Sämmtliche Waaren, als:
Herren- und Knaben-Anzüge
enorm billig.
Th. Faasch, Schwartau.

Frische
Brod- u. Brühwürst
sowie
Kopffleisch
empfiehlt
Aug. Scheere
Holtzenstraße 27.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten
Friedr. Meyer & Co.

Frische Meiereibutter, Pfd. 1 Mark.
Prima Anchovis, Pfd. 40 Pfg.
Kartoffeln, 10 Liter 50 und 55 Pf.
F. Nehlsen, Johannisstraße 66.

Die Lübecker Margarinefabrik „Hansa“

J. Schröder & Co.

empfiehlt ihre nach neuestem Verfahren hergestellte

Süssrahm-Margarine.

Durch die Expedition des „Lübecker Volksbote“ ist zu beziehen:

Gekrönte Häupter.

Zur Naturgeschichte des Absolutismus.

Jeden Monat erscheint 1 Heft à 20 Pf.
Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und wird einzeln abgegeben.

Nur noch bis 25. März

dauert der

Ausverkauf

in Messerwaaren

bei
Tesschau, Breitestr. 24

Schönes
Braten-
Schmalz
Pfund 40 Pfg.
Aug. Scheere
Holtzenstraße 27.

Feines Griebenschmalz
per Pfund 60 Pf., empfiehlt
Reinh. Büsen, Arminstr. 1a.

Jeden Mittwoch und Sonnabend

von 4 Uhr an:

Eimerbier.

A. Osbahr, Glockengießerstr. 87.

Bratenschmalz
Pfd. 40 u. 60 Pfg.
empfiehlt
Carl Schröder
ob. Högstraße 6.

Auction

Sonnabend den 16. d. M., Morgens 9
und Nachmittags 3 Uhr präcise, über den
Rest des Waaren-Lagers
der Firma **Born & Ehlers.**
H. E. Koch, Auktionator.
NB. Bis zur Auction Verkauf zu jedem an-
nehmbaren Preise.

**FF Margarine, Pfd. 70, 2 Pfd. 135 Pf.,
F. Schmalz, Pfd. 55 und 80 Pf.
F. Nehlsen, Johannisstraße 66.**

Zu sofort
ein tüchtiger Schenkmachergehilfe
auf dauernde Beschäftigung.
E. Hälsig, Spillerstraße 16.

**Bei. ein jg. Knecht. Gartengrube 17.
Ein Zugänger zu verkaufen.**
Ablestraße 17.

Ein Zweispänner-Fuder guten Dungs
für 3 Mk. zu verk. Näheres Friedenstraße 1.
Ein freundliches leeres Zimmer nach vorne
ist billig zu vermieten.
Hansastraße 32, 2. Etage.

Wakenitz-Bellevue.

Heute Donnerstag den 14. März:
Familien-Abend.
O. Lehmann Wwe.

Restaurant Otto Gennburg.
Beckergrube 44.
Täglich:

Grosses Concert
der Wiener Damen-Capelle „Donauwetter“.
Solovorträge auf Clavier, (1230
Glascephonium, Zither und Xylophon.
Eintritt frei. Anfang 7 Uhr.

Stadttheater in Lübed.
Freitag den 15. März:
(Rein Freitag-Abonnement.)
107. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Gelb.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Frauen-List und Liebe.
In Civil.
Sonnabend den 16. März:
108. Abonnements-Vorstellung. 6. Serie: Orange.
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.

Kean.

Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

rhz. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, von der man heutzutage in Arbeiterkreisen viel fabelt, kann es unter den heutigen Produktionsbedingungen aus folgenden Gründen nicht geben:

Jeder Versicherung müssen Durchschnittsberechnungen zu Grunde liegen und Durchschnittsberechnungen sind nur möglich, wenn man die Maxima und Minima einer Bewegung kennt. Bei der Lebens-, Feuer-, Hagel-, Unfallversicherung u. s. w. sind die Voraussetzungen, nach denen die Prämien bemessen werden, so ziemlich konstant; die etwaigen Irrthümer werden durch starke Reserven ausgeglichen. Die Arbeitslosigkeit aber nimmt mit jedem Fortschritte der Technik zu, und da diese Fortschritte ganz unberechenbar sind, so ist auch das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Beschäftigten eines Berufes ebenso wenig auch nur annähernd bestimmbar, als die Zahl der Wochen, die durchschnittlich der einzelne Angehörige des Berufes im Laufe einer Reihe von Jahren ohne Beschäftigung durchmachen muß. Wie verlockend auch die Arbeitslosenversicherung aussehend möge, sie ist doch im besten Falle ein Gegenstand beständiger Sorge und Unruhe, ein großer Ballast für jede Arbeiterorganisation, die auch nur die Möglichkeit eines Kampfes um die Lohnbedingungen ernsthaft in's Auge faßt.

Aus den Gründen, mit welchen wir erklärt haben, warum man sich gegen Arbeitslosigkeit nicht ebenföugig gegenseitig versichern kann, wie gegen Hagel- und Feuer-schaden, ist von selbst ersichtlich, daß wir dabei nur die Versicherung als Institut der sogenannten Selbsthilfe im Auge haben. Selbsthilfe kann nur ändern, was eben im Bereiche der eigenen, persönlichen Machtphäre liegt. Gilt das aber von der Arbeitslosigkeit, wie sie heute auftritt? Nicht ein vereinzelter Arbeiter verliert seine Beschäftigung: dreißig, vierzig, ja Hunderte müssen mit einem Schläge ausfallen, ganze Industrien stehen Monate, Jahre lang still, weil — eine ungünstige Konjunktur, eine sogenannte Ueberproduktion, eine Finanz- oder Handelskrise eingetreten ist. Gegen solche Schläge ist jede gegenseitige Versicherung innerhalb des Berufszweiges vollkommen ohnmächtig. Es giebt keine Industrie der Welt, die gegen solche Ereignisse sich bei sich selbst versichern könnte. Selbst die mächtigen Unternehmungen können es nicht: sie werden im Falle einer Krise einfach massenhaft bankrott und wechseln die Besitzer — um wie viel weniger kann es die Arbeiterschaft, die auf den durch Angebot und Nachfrage regulierten Lohnfonds angewiesen ist und mit Recht gegen die lächerliche Zumuthung, von den Bühnen noch „Ersparnisse“ zurückzulegen, entrüstete Verwahrung erhebt! Was ist denn die Versicherungsprämie für Arbeitslosigkeit bei Nicht-betrachtet Anderes, als der vielberufene Spargroschen? Ob ihn Sparagnes in ihre Schürzentasche steckt, oder ob ihn der Verbandskassirer auf die Bank trägt und mit 3 Prozent jährlich verzinst bekommt — es ist und bleibt derselbe Groschen. Kann er erspart werden, so werden wir Herrn Richter feierlich Abbitte thun; kann er aber nicht erspart werden, nun, so ist auch unter gewöhnlichen Umständen — Ausnahmefälle, bei z. B. maschinenlosen Berufszweigen, wollen wir ja gerne gelten

lassen — keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf der Basis der Selbsthilfe möglich.

Ist aber damit gesagt, daß die Allgemeinheit, die Gesellschaft, das Recht hat, ruhig zuzusehen, wenn Arbeiter, die soeben noch Werthe produzierten, soeben noch durch Umsetzung ihres Lohnes in Waaren die Geschäfte in Nahrung setzten, soeben noch ihre Steuern zahlten, wenn diese Arbeiter plötzlich entlassen, mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben sind?

Keineswegs. Denn sie leiden nicht durch eigene Schuld, sondern durch die Schuld der mangelhaften wirtschaftlichen Einrichtungen der heutigen Gesellschaft, die selbst an sich Gutes, wie neue Erfindungen und Entdeckungen, Fortschritte der Technik, die Zunahme der Maschinen, zum Schaden und Mißbrauch werden läßt. Die wilde Konkurrenz der Privatindustrie bewirkt, daß dies oder jenes Gewerbe, das 10000 Arbeiter beschäftigte, jetzt zur Herstellung der gleichen, ja einer viel größeren Waarenmenge nur noch 5—6000 bedingt. Wenn dadurch 4000 brodlos werden, ist nicht die Gesellschaft verantwortlich, welche die Privatindustrie mit den Arbeitern nach Ermessen schalten, sie, wie ein Magnet den Eisenfeilstaub, beliebig anziehen und abstoßen läßt? Die Gesellschaft und ihr Organ, der Staat, hat für diese Tausende zu sorgen. Er muß ihnen lohnende Arbeit zuweisen. Sie haben ein Recht auf Arbeit. Das ist eine der ältesten Forderungen der Sozialdemokratie, und Jeder erinnert sich noch der lebhaften Debatten, welche diese Forderung z. B. im deutschen Reichstage hervorrief. Fürst Bismarck, der z. B. selbst das Recht auf Arbeit anerkannt hatte, suchte schon vergeblich diesen unbequemen, mahnenden Geist wieder zu bannen.

Das volle Recht auf Arbeit wird man aber freilich erst dann verwirklichen können, wenn auch die Pflicht nützlicher Arbeit Jedermann klar gemacht werden kann. Heute ist diese Pflicht, welche, seit es Menschen giebt, die Sittenlehre in allen Ländern verkündet, gesetzlich gar nicht sanktionirt. Der Müßiggang, von der Moral als Quelle aller Laster gebrandmarkt, ist vom Staate Jedem vollkommen erlaubt — der die Mittel dazu hat, nichts zu thun, d. h. der nicht durch die Noth zum Arbeiten gezwungen ist.

Unsere Gegner bequemen sich heute endlich, nachdem sie lange genug die Arbeitslosigkeit überhaupt einfach wegzulengnen versucht haben, das Uebel anzuerkennen und bieten als bewährte Arznei für Alles ihre Universalmittel an. Jetzt predigen sie „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit“. Nach dem oben Dargelegten wissen unsere Leser, was sie von diesem Mittel zu halten haben. Gegen Arbeitslosigkeit kann nur Der versichern, der unter allen Umständen Arbeit schaffen kann: Der Staat.

Soziales und Partei-Leben.

Au die Zimmerer Deutschlands! Wohl wird sich die gegenwärtige wirtschaftliche Krise in unserem Gewerbe überall bemerkbar machen, auch werden in jedem Orte Deutschlands eine bestimmte Anzahl von Zimmerern arbeitslos sein, aber nirgends kann die Arbeitslosigkeit so groß sein als in Berlin. Die hier im Zimmerergewerbe herrschenden Zustände sind wohl nicht in gleicher Weise in vielen Städten Deutschlands zu finden. Die wenigen in Angriff genommenen Bauten sind sogenannte Schwindel-

bauten, bei denen die Arbeitskraft bis auf das äußerste ausgenutzt und der Lohn von Jahr zu Jahr reduziert wird, oftmals müssen die Arbeiter auch noch ohne Lohn nach Hause gehen. Wir stehen diesem Treiben ziemlich machtlos gegenüber. Einerseits ist das Heer der Arbeitslosen ein derartig großes, daß den Arbeitgebern bei jeder Gelegenheit Tausende von Arbeitskräften zur Verfügung stehen. Andererseits ist der Bezug aus den kleinen Städten so groß, daß immer nur ein Theil der am Orte anfassigen Familienbater Arbeit findet und jetzt ungefähr 4000 Zimmerer 10—12 Wochen und noch länger außer Arbeit sind. Und auch der nächste Sommer wird dieses traurige Bild sehr wenig verändern. Kameraden! Deshalb sorgt dafür, daß der Bezug nach Berlin ferngehalten wird. Obgleich in diesem Jahre noch mit den Arbeiten zur Gewerbeausstellung begonnen wird, wird dieselbe doch nicht ausreichen, um allen Arbeitslosen Beschäftigung zu bringen, und Mancher würde der Hauptstadt enttäuscht den Rücken kehren müssen. Also nochmals, haltet in diesem Jahre den Bezug nach Berlin fern. Ueber die Arbeitsverhältnisse und sonstigen öffentlichen Angelegenheiten der Zimmerer Berlins wird gern von dem Unterzeichneten Auskunft gegeben. Der Vertrauensmann der Zimmerer Berlins und Umgegend, Theodor Fischer, Berlin N., Danzigerstraße 83.

Im Schuhmachergewerbe Deutschlands kamen im verfloffenen Jahre 26 Lohnbewegungen vor, von denen 14 mit Streit und 12 ohne Streit ihre Erledigung fanden. Bemerkenswerth ist dabei, daß diese in 25 Fällen Schuhfabriken, also Fabrik-Schuhmacher, und nur einmal Schuhmachergehülften betrafen. Die sehr dürftige Berichterstattung gab leider nur bei 12 Bewegungen Aufschluß über den Ausgang, 9 hatten einen Erfolg, 3 eine Niederlage für die Arbeiter zur Folge. Von den 14 Arbeitseinstellungen waren 7 sogenannte Angriffs- und 7 Abwehrstreiks. Die bedeutendste Bewegung war die in Burg, welche allein Mk. 32182,16, mehr als die Hälfte einer Jahres-Einnahme des Vereins Deutscher Schuhmacher kostete.

In Basel befindet sich die Zentralherberge jetzt im „Hotel Simon“, Spalenvorstadt Nr. 5.

Aus Nah und Fern.

Zum Kapital vom Umsturz. Vor einiger Zeit — so wird dem „B. L.“ geschrieben — stand in einem Berliner feudalen Blatte ein Inserat ungefähr folgenden Inhaltes: „Bei dem Schuhmacher N. in der X-Straße Nr. *, Hof 4 Treppen, ist ein Papagei, der viel spricht und singt, zu verkaufen.“ Die Annonce wurde in der Familie eines hiesigen hochkonservativen Herrn gelesen und erweckte dort den lebhaftesten Wunsch nach dem Besitze des gesprächigen und sachkundigen Vogels. Excellenz gab endlich dem Drängen seiner Angehörigen nach, begab sich selbst nach dem Norden hinaus und kletterte die vier Treppen zu der Wohnung des Schuhmachers empor, um Papagen in Augenschein zu nehmen und zu prüfen. Das in der That recht kluge Thierchen gewann seinen vollen Beifall und der Kauf kam zum Abschluß. Papagen wurde in seinem neuen Heim mit Jubel aufgenommen und mit jener Auszeichnung behandelt, die man Intelligenzen schuldig ist. Im Salon des

Altar träten. Richard Vane wurde tief traurig, als er Roland nicht von diesem Projekt abzubringen vermochte, weder mit den glütigsten, noch mit den ernstesten Ermahnungen: kannte er doch die Wirrnisse und Schlingen des Lebens. Margarethe aber, noch ungewißigt und arglos wie sie war, theilte nicht die Besorgnisse ihres Bruders und schaute in die Zukunft voll heiteren Vertrauens.

15. Kapitel.

Die Weihnachtspantomime im Garten-Theater bewährte ihre Zugkraft für die ganze Dauer der Saison und auch ohne Esperanzas Andeutungen war Herr Evans sich klar darüber, daß er den überaus günstigen Kassentrappot seiner diesjährigen Winterkampagne hauptsächlich verdankte.

So ließ er sich denn bereit finden, der jungen Tänzerin eine besondere Anerkennung zukommen zu lassen. Nur über die Wahl dieser Anerkennung konnte er sich mit dem Balletmeister nicht leicht einigen.

Der praktische Theaterpächter war für eine hübsche Börse mit 50 Pfund Sterling in Gold, denn er wußte, daß Jolly niemals Geld in der Tasche hatte, aber Esperanza zuckte die Achseln.

„Jolly legt keinen Werth auf Geld“, sagte er, „sie schenkt es anderen und 50 Pfund reichen bei ihr nicht weiter wie 50 Pence.“ Neulich gab sie einem hungrigen Kinde ihren Wochengehalt — sie ist eben originell in allem —

„Bei Gott, das ist sie! Ich sah nie solch seltsamen kleinen Dämon!“

Man einigte sich zuletzt auf eine schöne Uhr mit Kette, der Balletmeister sollte auswählen helfen. Evans war für eine einfach ausgestattete, solide Uhr, Esperanza

Jolly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(21. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Der Baron gab es auf, bei Richard Vane Verständniß für seine Ansichten zu finden und so wandte er sich an Garnier, um diesen als Bundesgenossen zu gewinnen.

„Was halten Sie von frühen Heirathen, Garnier?“ fragte er bei nächster Gelegenheit.

„Um — wenn ich für dieselben schwärzte, hätte ich vermuthlich selbst früh geheirathet,“ versetzte der Maler gleichmüthig.

„Anfinn — ich möchte Ihre Meinung in Bezug auf Rolands Heirath hören.“

„Ah so“ — nun so muß ich sagen, daß ich keinen Grund entdecken kann, der für einen Aufschub der Heirath spricht.“

Sir Aveling gab es auf, weitere Meinungen einzuholen — er hätte diesen Garnier wirklich für klüger gehalten!

Wenn Garnier das Mißfallen des Barons erregt hatte, so war dies von Seiten Margarethens, Rolands und Richards durchaus nicht der Fall; alle drei fanden ihn eben so liebenswürdig als unterhaltend, und daß er sich malte und schminzte, verzieh man ihm um so lieber, als er den Beweis lieferte, daß er sich auch sonst mit Pinsel und Farbe trefflich abzufinden wußte. Seine Aufnahme des Pfarrhauses war über alles Erwarten gelungen und der einzige Fehler, den das Bild hatte, bestand nach Margarethens Ansicht darin, daß es nicht für sie selbst, sondern für Sir Aveling bestimmt war. Garnier lächelte,

aber an dem Tage, an welchem er nach London zurückkehrte, überreichte er dem jungen Mädchen eine Kopie seines Bildes. Das Entzücken, mit welchem Margarethe das mit einem hübschen Rahmen versehene Gemälde entgegennahm, dünkte ihm reicher Lohn.

Der Baron Aveling, als er sich ohne Bundesgenossen sah, grübelte Tag und Nacht darüber nach, wie er den fatalen Streich, der sein häusliches Glück bedrohte, abwenden könne, und nicht eher fand er Ruhe, bis ihm ein Plan, der freilich auf einem krummen Wege lag, eingefallen war.

Roland kam ihm selbst dabei entgegen, indem er davon zu sprechen anhub, wie erwünscht es ihm wäre, ein festes Einkommen zu haben und wie peinlich er den Mangel an Selbstständigkeit empfinde. — Der Baron hatte gerade damals mit seinem Banquier in London ein glänzendes Geschäft mit ostindischen Aktien zum Abschlusse gebracht und ganz unerwartet stellte er seinem Sohne eine sehr bedeutende Summe — 30,000 Pfund Sterling — zur freien Verfügung, unter der einzigen Bedingung, daß die Hochzeit bis zum Frühjahr verschoben würde und daß Roland den Winter über in London zubringe, um sich überhaupt noch bevor er eine Ehe schließe, in der Gesellschaft zu bewegen, was den Charakter des Edelmanns stähle. Der Vater kannte das Naturell seines Sohnes zu gut, um nicht zu wissen, wie gierig derselbe nach diesem Geschenke greifen werde und welche Folgen sich an dasselbe knüpfen könnten. Und in der That griff Roland wie berauscht zu und rechnete auch dem Pfarrer mit tausend Gründen vor, wie gut es sein Vater mit ihm meine und wie sie — Roland und Grethe — ja jung genug seien, um noch ein Viertel oder halbes Jährchen warten zu können, bis sie vor den

hochvermögendem Konservativen war einige Tage später eine kleinere Gesellschaft vereinigt, und deren animierte Unterhaltung mag Papchen angeregt haben, auch seinerseits Alles zum Besten zu geben, was er auf dem Repertoire hat. Er plauderte, piffte und sang alles Mögliche, was ihm selbstverständlich bewundernden Beifall eintrug. Die Gesellschaft beachtete den Vogel später aber weniger, weil ihre eigene Unterhaltung sie zu sehr in Anspruch nahm, denn man war schließlich auf die Umsturzvorlage zu sprechen gekommen. Eitel aber, wie Papchen auf seine Kenntnisse ist, sagte ihm diese Nichtbeachtung wenig zu, er erhöhte daher seine Anstrengungen und kramte aus seinem Gedächtnis aus, was dasselbe nur jemals aufgenommen hatte. Er erreichte auch seinen Zweck in einer überraschenden Weise, denn plötzlich schmetterte er in die Unterhaltung hinein: „Hurrah, Webel hoch, Hurrrrrah!“ Welchen Effekt dieses Hurrah erzeugt hat, Das auszumalen, überlassen wir unseren verehrten Lesern. Wir fügen bloß hinzu, daß Papchen natürlich in Ungnade gefallen war und als böser „Umstürzler“ das Palais seiner Exzellenz noch selbigen Tages verlassen mußte. Wo es geblieben, das hat unser Gewährsmann uns leider nicht mitgeteilt.

Ein Opfer der Magdeburger Meineidsprozesse hat Dienstag das Zuchthaus Lichtenburg verlassen. Es ist der Gen. Matthies aus Elbingerode. Zweieinhalbviertel Jahre hat der Unglückliche im Zuchthaus gesessen, und warum? Wegen Meineids, heißt es im Urtheil. Nun hat es aber mit den Magdeburger Meineidsprozessen eine ganz eigene Bewandniß, und wenn die deutsche Pressefreiheit etwas Anderes wäre, als ein schön klingendes Wort, ließen sich über die Prozesse Betrachtungen anstellen, die keineswegs dem Ruhme deutscher Kultur dienen würden. Eine Versammlung, die in Stendal stattgefunden, führte zu einem Prozeß. Einige Zeugen sagten im Gegensatz zu den Polizeiorganen zu Gunsten der Angeklagten aus. Sie wurden wegen Meineids prozessirt. Für sie fanden sich wieder Entlastungszeugen, die ihre Angaben als der Wahrheit entsprechend bestätigten. Die Folge war nicht etwa Freisprechung der des Meineides Beschuldigten, sondern ihre Verurtheilung und die Einleitung neuer Meineidsprozesse gegen die neuen Zeugen und Verurtheilung auch dieser! Das ist in Kürze die Geschichte der Magdeburger Meineidsprozesse! Nun, Matthies hat seine Strafe „verbüßt“. Die Richter mögen von der Schuld des Verurtheilten durch die Aussagen der Polizeiorgane noch so sehr überzeugt worden sein, wir sind der Ueberzeugung, daß Matthies, der uns persönlich lange Jahre als ehrenwerther Mann bekannt ist, keinen Meineid geschworen hat, so schwer ihn auch scheinbar das Zeugniß der Polizeiorgane belastet hat. Wir hoffen, daß er ungebrochen die schwere Strafe überstanden hat.

Das Reich der Bismarcknarren häuft sich immer mehr. Eine dem Magistrat der Stadt Wiesbaden zugegangene Petition mit etwa 200 Unterschriften, welche die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Fürsten Bismarck anregt, erwies sich als erfolglos, da der Magistrat mit Rücksicht auf die Meinungsverchiedenheiten bei der Erörterung einer Bismarck-Feier davon ablah, dem Stadtverordneten-Kollegium einen Antrag im Sinne der Petition zu unterbreiten. — Jedenfalls zum Trost für das in verschiedenen Städten erlittene Fiasko haben sich Oldenburg „Landwirthe“ zusammengesunden, um Bismarck ein Paar Kutschpferde zu schenken. Sie haben sich denn auch geeinigt, ein Paar egale, fromme und trachtige Zuchstuten zum Geschenk auszusuchen. Na, das ist denn doch etwas Neelleres, als Ehrenbürgerbriefe. Pferde kann man gegen klingende Münze verkaufen.

Ein rabikaler österreichischer Geistlicher, der „irrhümlich“ mit dem päpstlichen Segen beglückte Pater Stojalowski, wurde vom Schwurgericht zu Tetschen (österreich. Schlesien) wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ruhe,

Sicherheit und Ehre“, d. h. gegen die Heiligkeit des Kapitalismus, zu vier Jahren Gefängniß verurtheilt. Stojalowski war den galizischen Behörden schon lange wegen seiner erfolgreichen Agitation unter den Bauern unangenehm. Schon mehrere Male gerieth er in die Schlagreife des österreichischen Strafgesetzes. Seine Beliebtheit in der Bauernschaft wird dadurch gekennzeichnet, daß der Staatsanwalt alle Bauern, die als Geschworene ausgelost wurden, ablehnte. Dagegen lehnte der Verteidiger die ausgelosten Beamten der erzherzoglich Albrecht'schen Güterverwaltung ab; offenbar kannte er ihre „Unabhängigkeit“ und „Unparteilichkeit“ zu gut.

Wann schließt das Jahrhundert? Angesichts des näherstehenden neuen Jahrhunderts hat die Frage, wann ein Jahrhundert schließt, ein gewisses aktuelles Interesse. Die Kopenhagener „Nat. Tidende“ erinnert daran, daß am 31. Dezember 1800 am weimarischen Hof aus Anlaß des Schlußes des 18. Jahrhunderts ein großes Fest mit einem Aufzug in Kostüm stattfand. Um Mitternacht zogen sich Goethe, Schiller, Schelling und Henrik Steffens in einen Nebenraum zurück, wo diese großen Geister unter Gepländer den Champagner sprudeln ließen. Steffens berichtet hierüber und erzählt, wie schon am vorhergehenden Jahrestage, am 31. Dezember 1799, verschiedene das Ende des Jahrhunderts gefeiert und mit stimmungsvollen Gefühlen dem mitternächtlichen Glockenschlage gelauscht hätten, während sich andere über diese Festschmückung lustig machten. Steffens sprach damals aus, daß man wohl bei jedem Wechsel des Jahrhunderts den Streit darüber errent hören werde, ob man nicht mit Null anfangen solle. Es ist doch seltsam, sagt er, daß man immer von neuem auf Grund der Veränderung der Zahlen den Schluß für den Anfang betrachtet und vergißt, daß die Null doch nur durch die Einheit, die vorangeht, Bedeutung erhält. Setzt, wo sich das 19. Jahrhundert dem Ende nähert, wird man wieder verschiedene Meinungen darüber hören, wann in Wirklichkeit der neue Zeitabschnitt eintritt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, hat die Universität in Kopenhagen in alle dänischen Kalender für 1895 die Bemerkung eingeschaltet, daß das laufende Jahr „das 95. im 19. Jahrhundert ist, das mit dem 31. Dezember 1900 endet“. Diese Auffassung sei auch im Kreise der Chronologen niemals bestritten worden. Das erste Jahr der christlichen Zeitrechnung heiße 1 und ein Jahr 0 habe es nicht gegeben. Folglich gehe das Jahrhundert auch erst mit dem letzten Tage des Jahres 1900 zu Ende. Rechnungsmäßig ist das durchaus richtig und dennoch ist es sehr erklärlich, wenn die wohlbegründete Theorie durch die tatsächliche Erscheinung der neuen Ziffer in den Hintergrund gedrängt wird, wenn also der Beginn des Jahrhunderts sich in unserer Vorstellung mit dem Hervortreten der Zahl 1900 verknüpft. Am 1. Januar 1901 wird uns das neue Jahrhundert schon recht all vorkommen; noch auffallender wird es aber unseren Urenkeln sein, wenn sie das neue Jahrtausend erst beginnen sollen, nachdem sie schon 12 Monate lang die Jahreszahl 2000 geschrieben haben werden. In der theoretisch richtigen Rechnung steckt etwas ähnliches wie in summum jus summa injuria. (Das größte Recht ist das größte Unrecht.)

Als der nordamerikanische Millionär Jay Gould am 2. Dezember 1892 gestorben war, hinterlegten seine Erben 2400000 Mark Erbschaftsteuer. Jetzt hat der Anwalt Mac Clure entdeckt, daß die Erben sich um 16000000 Mark „geirrt“ haben, denn die ganze Erbschaft betrug 323739960 Mark, und die Schätzung ist nicht nach Gutdünken gemacht worden, sondern nach den amtlichen Notirungen des „Stock Exchange“. Es giebt in Amerika keine Eisenbahn, keine Telegraphenlinie, kein größeres industrielles Unternehmen, bei welchem die Gould nicht die Oberhand oder irgend welche Interessen hätten. Georg Gould, der Erstgeborene, verlangt jetzt

schon am nächsten Montag kam eine Offerte von einem Direktor, welcher Folly zwar die Hauptpartie in einer neuen Burleske anbot, aber mit einer sehr bedeutend geringeren Gage als die, welche sie im Garten-Theater bezogen hatte.

Frau Clip las Folly den Brief vor, aber diese erklärte es für eine Unverschämtheit, ihr so wenig zu bieten und wollte nichts davon hören, auf die Offerte einzugehen.

„Aber es ist ein gutes Theater, Folly!“ wandte Frau Clip ein.

„Erst will ich mir's ansehen, heute Abend besuchen wir die Vorstellung.“

Die Bühne entsprach nicht Follys Erwartungen, das Haus war kaum ein Viertel so groß, als das Garten-Theater.

„Ich müßte mich ja schämen, hier zu tanzen“, sagte Folly verstimmt. „Schreiben Sie dem Direktor in meinem Namen, Frau Clip, und sagen Sie ihm, es fielen mir nicht ein, sein Anerbieten von fünf Guineen pro Woche anzunehmen. Dann bringen Sie mir den Brief zur Unterschrift!“

Folly hatte nämlich mit unsäglicher Mühe gelernt, ihren Namen zu schreiben, und sie war nicht wenig stolz auf diese Errungenschaft, besonders auf den kühnen Schlußschwanzel an dem „h“.

„Aber fünf Guineen sind doch ein schönes Geld“, mahnte Frau Clip.

„Ich würde lieber ganz umsonst im Garten-Theater tanzen, als hier in diesem Loch für fünf Guineen. Was liegt mir denn am Gelde — ich tanze für die

die Kleinigkeit von 24000000 Mark als Entschädigung für die persönlichen Dienste, die er bei der Verwaltung des Nießenvermögens im Interesse der Minderjährigen geleistet haben will. Jay Gould, der vielhundertfache Millionär, hatte ein tragisches Ende, er starb vor Hunger, weil er wegen einer Magenkrankheit nicht mehr essen konnte.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei der Partekasse folgende Beiträge ein:

Acherleben, durch den Vertrauensmann 20,—, Alen durch den Vertrauensmann 10,—, Augsburg, amer. Auktion im „Wal-fisch“ 5,01. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kr. 400,—, 4. Kr. (Df) 600,— (darunter E. Wöhl 100,—, Andreas B. 60,—, Treff 20,—, J. R. 64 6,—, W. R. Hochzeit Nüderdorferstraße 1,50, durch Kl. bei Boitze 1,50) 6. Kr. (Kosenthaler Vorstadt) 200,—, 6. Kr. (Oranienburger Vorstadt) 500,— (darunter D. 20,—, Weichen bei Geyert, Berlebergerstraße 6,—, von J. 2 4,—) 6. Kr. (Schönhäuser Vorstadt) 150,—, Berlin div. Beiträge A. B. 50,—, B. S. 50,—, A. G. 40,—, Dr. L. W. 20,—, Roland 5,—, Pöb-s-linerstraße 6 C. D. 18,—, Rothe Hochzeit Grimmstraße 80 5,75, Amerikanische Auktion bei Pieper 3,50, Fröhliche Geburtstagsfeier durch K. K. 2,—, Arbeiter aus der Wilhelmstraße 4,65, Rothe Buchbinder aus der Grünstraße 6,—, von U. Krüger bei Bloßfeld 3,—, Dr. P. 100,—, Rother Geburtstag bei Götte 5,—, Rothe Brüder a. d. Hochstraße 3,60, Geburtstag bei Mat 2,—, Säch-sischer Genosse in Moabit, gegen die Umsturzvorlage 30,—, von 2 Genossen 3,—, Wächter Arbeiter durch Schwahn 2,—, A. S. —, 50. W. —, 50. Lustige Brüder, Weinstraße 22, 4,90, Geselliger Abend der Maschinenbauer 2,95, Herrenabend bei August durch Müller 3,25, Bierprozente, Gießerei Prinzenstraße 25,—, Amerikanische Auktion, Geburtstagsfeier des Herrn B. und der Frau S. 5,25, Amerikanische Auktion in Moabit 3,85, Tugend-bund Januar und Februar 13,—, U. —, 50. Amerikan. Auktion im Eisenbahn-Betriebsamt 1,—, „Revolution“ 6,—, Woppar 3,—, Brandenburg von Genossen 100,—, Bärge bei Offenbach, von Genossen 5,—, Brandenburg, Gg. Sch. 1. Quartal 2,05, Grefeld, amerikanische Auktion 2,81, Grefeld, E. 10,—, Gotzsch, S. 10,—, Dresden, 6. sächs. Reichstagswahlkreise durch G. 300,—, Döbeln 1. Rate 60,—, Dresden, 4 Frege'sche grüne Jungens 5,—, Döbeln, Romanus 10,—, Dresden-Striesen, amerikan. Auktion Restaurant Bergmannstr. 42, 2,20, Dresden, sozialistischer Liebesverlag 25,—, Dresden, Bergheimnichts Trachenberge 3,—, Dresden-Striesen, amerikanische Auktion in Müller's Restaurant 3,30, Ernstthal 15,—, Eißenberg, amerikanische Auktion durch J. K. 8,—, Esch, Chemikus 5,—, Flensburg 30,—, Flensburg, gesammelt auf einem Geburtstag durch M. 5,75, Fürstenwalde a. Spre 26,—, Rinkertwalde 100,—, Freiberg i. B., gesammelt auf der silbernen Hochzeit eines Genossen 10,—, Freiberg i. B. von Genossen 5,—, Gera 50,—, Gerzdorf b. Zwickau, für den Umsturz 10,—, Glauchau, Vertrag einer amerikanischen Auktion 8,—, Genthien 1,—, Großen-hein 52,18 (darunter „Gänse!“ 2,18), Genthien, Genossen 1,55, Hamburg, von den „rothen Häusern“ von St. Pauli 20,—, von einer aufgelösten Liebertafel 4,—, Hamburg 2. Hochzeit bei K. Schubert 2,—, Haynau i. Schl., Säger 10,—, Hüttensteinach 5,—, Hüttengrund 2,—, Hamburg 300,—, Hamburg, Zigarren-fabrik J. W. 70,10, Hamburg, Zigarrensortirer B. u. M. 15,—, Hamburg, polnischer Jude 3,20, Hamburg, rothe Bude, Hopfen-markt 40,—, Hamburg, Zigarrenfabrik Wähling u. Wuhle 18,45, Hamburg, Zigarrenfabrik Köhler, Kampstraße, 8,—, Hamburg, vom aufgelösten Ferdinand 7,70, Hamburg, 1. Wahlkreis 1000,—, Hannover 500,—, Johannegeorgenstadt, aus dem Hinterviertel 20,—, Johannegeorgenstadt, die Durchgefallenen 1,—, Königsberg, R. M. 20,—, Köppelsdorf 6,—, Linden (Westf.) 3,30, Lügen-burg 100,—, Lübeck, M. und D., Verkauf einer Wirth-schaft 10,—, Lübeck, Polierkrug 3,—, Riegnitz, rothe Stecher 1,20, Ludwigshafen a. Rh., von Genossen 100,—, Merane 10,—, München 500,—, Mühlhausen 18,10, Nowawas b. Neuen-dorf, P. P. 1,—, Nordhausen 10,—, Neubamm, zielbewußte Genossen 4,—, Obergroßhau bei Greiz, von den Genossen des Bezirks 30,—, Offenbach, Prozeß 20,75, Oberlein, rothe Kind-taufe 3,—, Potsdam, amerikanische Auktion 1,90, Pirna, rothe Hochzeit 3,10, Quebinburg, durch B. 2,50, Igen bei Heibelberg Lederarbeiter 23,—, Sonneberg, S. M., M. Jahn 2,45, Knauer 2,90, L. 3, 6,20, Ph. K. —, 60, Steinbach am Sonnenberg, 4,—, Steinach S. S. M. 4,—, Steglitz Jn 30,—, Solingen 15,56, Woltershausen, B. 3,30, Walthau, rothe Statistiker durch P. J. 4,20, Weimar, B. 3,30, Jenenroda, zur Belämpfung der Umsturzvorlage 50,—, In der Quittung vom 10. Febr. 1895, Nr. 85 muß es unter Chemnitz, 16. sächsischen Wahlkreis, nicht heißen 560,—, sondern 500,—; ferner muß es in der gleichen Quittung nicht heißen Offenbach, sondern Offenburg, von der Gesellschaft 6,—.

Berlin, den 8. März 1895.

Für den Parteivorstand
A. Gerisch, Kapbachstraße 9, 1 Treppe.

Zuschauer und das Publikum hier ist ja schrecklich ge-wöhnlich.“

„Aber das Garten-Theater ist ja geschlossen, wer weiß, was daraus noch wird, und die Woche ohne Geld ist lang.“

„Wenn ich meine Toilette bis zum Sonntag nicht auslösen kann, dann bringe ich den Sonntag im Bette zu; sobald wir heimkommen, schreiben Sie dem Direktor und nun quälen Sie mich nicht länger!“

Frau Clip feuerte und schrieb den Brief.

Am Dienstag Abend erklärte Folly, sie müsse in irgend ein Theater oder Konzert, und so streckte Frau Clip ihr Theater vor, damit sie ihre Toilette einlösen konnte und ging dann mit ihr in die Erbrücke Musik-halle, wo sie durch Bekannte freien Zutritt hatte. Der Gesang amüßte Folly; aber die sonstigen Leistungen, besonders das Ballet, erschienen ihr geradezu ent-sehlich. Eine dicke alte Französin war erste Tänzerin und Folly lachte hell auf, als das Publikum der Tänzerin applaudirte.

„Wer ist der Unternehmer hier?“ wandte sich Folly an Frau Clip.

„Herr Manning — dort drüben steht er — der Herr im hellem Ueberzieher.“

Folly bemerkte, daß der Herr, der mit Bekannten sprach, sie fixirte. Die ganze Gruppe schaute herauf zu ihr. Genohnt, sich anschauen zu lassen, hielt sie die Blick ruhig aus. Dann winkte sie mit der Hand, so daß Frau Clip bestürzt flüsterte:

„Folly, was thun Sie?“

„Ich muß Herrn Manning sprechen.“

(Fortsetzung folgt.)